Internationales Steuerrecht

Finanz und Steuern Band 14

Thomas Rupp

Diplom-Finanzwirt (FH), Referent für Internationales Steuerrecht Ministerium für Finanzen Baden-Württemberg

Dr. Jörg-Thomas Knies

Professor an der Dualen Hochschule Baden-Württemberg, DH BW Stuttgart

Tanja Faust

Diplom-Finanzwirtin (FH), Sachbearbeiterin im Referat für Internationales Steuerrecht
Ministerium für Finanzen Baden-Württemberg

Manuel Hüll

Diplom-Finanzwirt (FH), Amtsrat bei der Oberfinanzdirektion Karlsruhe

5., völlig überarbeitete und aktualisierte Auflage

Inhaltsverzeichnis

	VorwortAbkürzungsverzeichnis	
	Kapitel I Grundlagen des Internationalen Steuerrechts	
	Teil A Grundlagen des Internationalen Steuerrechts	
1	Begriff des Internationalen Steuerrechts	3
1.1	Steuerinländer mit Auslandseinkünften	3
1.2	Steuerausländer mit Inlandseinkünften	3
1.3	Steuerinländer und Steuerausländer bei anderen Steuerarten	
2	Rechtsquellen des Internationalen Steuerrechts	4
2.1	Nationales bzw. innerstaatliches Steuerrecht	4
2.1.1	Ertragsteuerrecht	
2.1.2	Außensteuergesetz	
2.1.3	Allgemeines Abgabenrecht (Abgabenordnung)	
2.2	Abkommensrecht	
2.3	EuropäischesSteuerrecht	
2.4	Völkerrecht bzw. supranationales Steuerrecht	
3	Die internationale Doppelbesteuerung	
3.1	Steuerzugriff des Wohnsitzstaats und des Quellenstaats	
3.2	Beispiele für Doppelbesteuerung	
3.3	Begriff der Doppelbesteuerung	
3.4	Begriffe der Doppelbelastung, Mehrbelastung und Minderbelastung	
4	Einzelheiten zum Begriff der Doppelbesteuerung	
4.1	Unterschiedliche nationale Steuerhoheiten	
4.1.1	Grundsätzliches	
4.1.2	Gewerbesteuer	
4.2	IdentitätdesSteuersubjekts	
4.2.1	Grundsätzliches	
4.2.2	Personenvereinigungen	
4.2.3	Sonderfälle	
4.3	IdentitätdesSteuerobjekts	
4.4	Identität des Besteuerungszeitraums	
4.5	Gleichartigkeit der Steuern	
5	Vermeidung der Doppelbesteuerung	
5.1	Steuerliche, verfassungsrechtliche und europarechtliche Gründe	
5.2	Volkswirtschaftliche und außenwirtschaftliche Gründe	
6	Rechtsgrundlagen für die Vermeidung der Doppelbesteuerung	
6.1	Einseitige Vorschriften (unilaterale bzw. nationale Maßnahmen)	
6.2	Zweiseitige Vorschriften (bilaterale Maßnahmen -Doppelbesteuerungsabkommen)	
6.3	Mehrseitige Vorschriften (multilaterale Maßnahmen)	
6.4	Europarechtliche Vorschriften (supranationale Maßnahmen)	23
	Teil B Persönliche Steuerpflicht im Internationalen Steuerrecht	
1	Allgemeines	25
2	Unbeschränkte Steuerpflicht (§1 Abs. 1 und Abs. 2 EStG, §1 Abs. 1 KStG)	

VIII Inhaltsverzeichnis

2.1	Welteinkommensprinzip	25
2.2	Unterschiedliche Steuerpflicht von natürlichen Personen	25
2.2.1	Wohnsitz und gewöhnlicher Aufenthalt i.S.d.§§ 8 und 9 AO	26
2.2.2	Sonderfälle: Entsendung von Arbeitskräften ins Ausland	26
2.3	Unbeschränkte Steuerpflicht von juristischen Personen - Ort der Geschäftsleitung 27	
2.4	Wirkungen der unbeschränkten Steuerpflicht	28
3	Beschränkte Steuerpflicht (§1 Abs. 4 EStG)	
4	Unbeschränkte Steuerpflicht auf Antrag (§1 Abs. 3 und la EStG)	
5	Übersicht	
	Teil C Methoden zur Vermeidung der Doppelbesteuerung bei einem internationalen Steuerfall	
1	Allgemeines	31
2	Rang der Doppelbesteuerungsabkommen gern. § 2 AO	
3	Einzelne Methoden bzw. Maßnahmenzur Beseitigung der Doppelbesteuerung 32	
3.1	Zuteilung bzw. Verzicht und Beschränkung von Besteuerungsrechten	
3.1	durch ein Doppelbesteuerungsabkommen	22
244		
3.1.1	Verteilungsnormen	
3.1.2	Einkünfteartikel	
3.2	Freistellungsmethode	
3.2.1	Abkommensrechtliche Maßnahme	
3.2.2	Wirkungsweise	
3.2.3	Progressionsvorbehalt	
3.2.4	Arten des Progressionsvorbehalts	
3.2.5	Ausländische Steuer	
3.3	Anrechnungsmethode	
3.3.1	Arten der Anrechnung	
3.3.2	Direkte Anrechnung	
3.3.2.1	Unbegrenzte Anrechnung	
3.3.2.2	Begrenzte Anrechnung	
3.3.2.3	Anrechnung fiktiver Steuern	
3.4	Abzugsmethode	
3.4.1	Grundsätzliches	
3.4.2	Wahlrecht	
3.5	Pauschalierungsmethode	
3.5.1	Grundsätzliches	
3.5.2	Rechtsgrundlagen	
3.6	Erlassmethode	
3.6.1	Grundsätzliches	
3.6.2	Rechtsgrundlagen	
3.7	Ermäßigungsmethode	
4	Anwendbarkeit der Methoden auf einen internationalen Steuerfall	
4.1	Methodenvielfalt	
4.2	Steuerfälle mit Bezug zu Nicht-DBA-Staaten	
4.3	Steuerfälle mit Bezug zu DBA-Staaten	
4.4	Systematische Prüfungsfolge der Steuerfälle mit Auslandsbezug	43
4.4.1	Einkünfte aus DBA-Staaten	43
4.4.2	Einkünfte aus Nicht-DBA-Staaten	44

Teil D Berücksichtigung ausländischer Einkünfte bei der innerstaatlichen Ertragsbesteuerung

j	Anwendungsfälle	45
2	Einkunftsarten, Einkunftsquellen	46
2.1	Ertragsteuerliche Einkunftsarten	46
2.2	Einkunftsquellen	46
2.3	Ausländische Einkünfte (§34d EStG)	46
2.4	Inländische Einkünfte (§49 Abs. 1 EStG)	47
2.5	Einkünfteartikel in den Doppelbesteuerungsabkommen	47
3	Unterscheidung von Einkünfteermittlung und Einkünftezuordnung	47
3.1	Einkünfteermittlung	48
3.2	Einkünftezuordnung	48
3.3	Zuordnung von Wirtschaftsgütern	50
3.4	Zuordnung von Betriebsausgaben und Werbungskosten zu ausländischen Einkünften 5	1
3.4.1	Einkünfte aus Nicht-DBA-Staaten	51
3.4.2	Einkünfte aus DBA-Staaten	53
3.4.3	Steuerfreie ausländische Einkünfte	53
3.4.4	Abzugsverbot des § 3c Abs. 1 und Abs. 2 EStG	53
3.4.5	Abzugsverbot des §10 Abs. 2 Nr. 1 EStG	53
4	Ermittlung der ausländischen Einkünfte	. 54
4.1	Anwendbarkeit der deutschen Einkünfteermittlungsvorschriften	54
4.2	Einkünfteermittlungsmethoden	54
4.2.1	Direkte Einkünfteermittlung	54
4.2.2	Indirekte Einkünfteermittlung	55
4.3	Vorrang des Abkommensrechts	55
4.4	Inlandsbezogene Steuervorschriften	55
4.5	Ermittlung von Gewinneinkünften	56
4.6	Ermittlung von Überschusseinkünften	57
4.6.1	Grundsätze	57
4.6.2	Umrechnung ausländischer Besteuerungsgrundlagen bei Überschussermittlung	58
4.6.3	Umrechnungskurse	
4.6.4	Zeitpunktbezogene ausländische Überschusseinkünfte	59
4.6.5	Zeitpunktbezogene ausländische Gewinneinkünfte	. 59
4.6.6	Zeitraumbezogene ausländische Überschusseinkünfte	61
4.6.6.1	Einkünftezuordnung	
4.6.6.2	Einkünfteermittlung	
4.6.7	Einkünfte aus privaten Veräußerungsgeschäften im Ausland	
4.6.8	Sonstige ausländische Veräußerungsgewinne (§17 EStG)	
5	Abgabenrechtliche Vorschriften	
5.1	Anzeigepflichten	
5.2	Erhöhte Mitwirkungspflicht	
5.3	Erfüllung der Buchführungspflichten	65
	Teil E Die nationalen Maßnahmen zur Beseitigung	
	bzw. Milderung der Doppelbesteuerung nach §§34c und 32b EStG	
	(einschließlich §32d EStG)	
1	Vorbemerkung	67
1.1	Rechtsentwicklung	

1.2	Anwendungsbereich der nationalen Maßnahmen	67
1.3	Stellung des § 34c EStG im System des Einkommensteuerrechts	68
1.4	Tatbestandsmerkmaledes§34cAbs.I-3EStGimÜberblick	68
2	Begriff der ausländischen Einkünfte gern. §34d EStG	70
2.1	Vermeidung der Doppelbesteuerung bei bestimmten ausländischen Einkünften	70
2.2	Konzeption der ausländischen Einkünfte	70
2.3	Umgekehrte isolierende Betrachtungsweise	71
2.4	Auslandsbezug	72
2.S	Arten ausländischer Einkünfte	73
2.6	Aufteilung ausländischer Einkünfte und ausländischer Steuerbeträge	
	zum Zwecke der inländischen Steuerbehandlung	
2.7	Positive und negative ausländische Einkünfte	74
2.7.1	Negative Einkünfte im Ausland und Inland	75
2.7.2	Positive ausländische Einkünfte, negatives Ergebnis im Inland	75
2.7.3	Negative ausländische Einkünfte, positives Ergebnis im Inland	75
2.8	Katalog der ausländischen Einkünfte (§34d EStG)	75
2.8.1	Einkünfte aus Land-und Forstwirtschaft	75
2.8.2	Einkünfte aus Gewerbebetrieb	. 76
2.8.3	Einkünfte aus selbstständiger Arbeit	76
2.8.4	Einkünfte aus Veräußerung	76
2.8.5	Einkünfte aus nichtselbstständiger Arbeit	
2.8.6	Einkünfte aus Kapitalvermögen	77
2.8.7	Einkünfte aus Vermietung und Verpachtung	
2.8.8	Sonstige Einkünfte	77
3	Ausländische Steuer auf ausländische Einkünfte	
3.1	Vergleichbarkeit der ausländischen Steuer	78
3.2	Festsetzungsformen der ausländischen Steuer	78
3.3	Abgabehoheiten in föderal gegliederten Staaten	
3.4	Entrichtung der ausländischen Steuer	
3.5	Um Ermäßigungsanspruch gekürzt	
3.6	Umrechnung der ausländischen Steuer	
ı	Durchführung der Steueranrechnung gern. §34c Abs. 1 EStG	
l.1	Besteuerung der ausländischen Einkünfte im Inland (Welteinkommensprinzip)	
1.2	Zeitliche Einbeziehung in die deutsche Bemessungsgrundlage	
1.3	Begrenztes Anrechnungsverfahren	
.4	Durchführung des Anrechnungsverfahrens nach dem Höchstbetrag	
.4.1	Ermittlung der deutschen Einkommensteuer	
1.4.2	Ermittlung der ausländischen Steuerbeträge	
1.4.3	Ermittlung des zu versteuernden Einkommens	
1.4.4	Ermittlung der ausländischen Einkünfte	
.5	Staatenbezogenes Anrechnungsverfahren: Per-Country-limitation	
.6	Keine Steuererstattung aufgrund der Anrechnung	
1.7	Anrechnung von Amts wegen	
5	Abzug der ausländischen Steuer bei der Ermittlung der Einkünfte	0.
	nach § 34c Abs. 2 EStG	88
5.1	Voraussetzungen des § 34c Abs. 2 EStG	
5.2	Durchführung	
5.3	Steuerabzug bei Einnahmen nach §3 Nr. 40 EStG und Investmentfonds	
5.4	Steuerahzug in Verhindung mit 810d FStG	90

5.5	Wahlrecht zwischen §34c Abs. 1 und Abs. 2 EStG bei Einkünften aus verschiedenen ausländischen Staaten	01
	Einkünftebezogener Abzug ausländischer Steuern	
5.6	Anwendung des § 34c Abs. 1 und 2 EStG bei zusammenveranlagten Ehegatten	
5.7	Anrechnung bzw. Abzug fiktiver Steuern	
5.8	Gesonderte und ggf. einheitliche Feststellung von Einkünften i. R. v. § 34c Abs. 2 EStG	
5.9	Anrechnung und Abzug ausländischer Quellensteuer auf Zinsen und Dividenden	94
5.10		05
	im Rahmen der Abgeltungsteuer nach § 32d Abs. 5 EStG	
5.10.1	Allgemeines	95
5.10.2	Anrechnung der ausländischen Quellensteuer im Rahmen der per-item-limitatiori;	0.5
	Hinweis zur Abzugsmethode	
5.10.2.1	Anrechnung tatsächlich gezahlter Quellensteuer	96
5.10.2.2	Anrechnung einer fiktiven Quellensteuer aufgrund eines Doppelbesteuerungs-	
	abkommens	
5.10.3	Anrechnung im Veranlagungsverfahren	
5.10.3.1	Pflichtveranlagung gern. Abgeltungsteuersatz	
5.10.3.2	Anrechnung fiktiver Quellensteuern auf die Abgeltungsteuer	
5.10.3.3	Antragsveranlagung nach §32d Abs. 2 Nr. 3 EStG	
5.10.3.4	Günstigerprüfung nach § 32d Abs. 6 EStG	
5.10.4	Kapitalerträge aus Investmentvermögen	
5.10.5	Sparer-Pauschbetrag nach §20 Abs. 9 EStG	
5.10.6	Subsidiaritätsklausel	
6	Abzug ausländischer Steuern nach § 34c Abs. 3 EStG	100
6.1	Vorbemerkung	100
6.2	Tatbestandsvoraussetzungen und Rechtsfolgen	101
7	Steuerpauschalierungund Freistellung nach §34c Abs. 5 EStG, insbesondere	
	Pauschalierungserlass und Auslandstätigkeitserlass	102
7.1	Allgemeines	102
7.2	Sinn und Zweck des Pauschalierungserlasses	102
7.3	Auslandstätigkeitserlass	
7.4	Übungsfall zu den Maßnahmen zur Beseitigung bzw. Minderung der Doppelbelastung .	105
8	Progressionsvorbehalt nach § 32b EStG	107
8.1	Grundsätze	107
8.2	Erscheinungsformen des Progressionsvorbehalts i. S. d. § 32b EStG im grenz-	
	überschreitenden Kontext	. 108
8.2.1	Positiver Progressionsvorbehalt	108
8.2.2	Negativer Progressionsvorbehalt	108
8.3	Systematische Vorbemerkung	108
8.4	Personenkreis i. S. d. § 32b Abs. 1 EStG	108
8.5	Sachliche Anwendungsvoraussetzungen	. 109
8.5.1	Steuerbarkeit der ausländischen Einkünfte im Inland	
8.5.2	Ansässigkeit des Steuerpflichtigen im Inland aufgrund eines DBA	
8.5.3	Anordnung eines abkommensrechtlichen Progressionsvorbehalts	110
8.6	Einschränkung des Progressionsvorbehalts bei EU-/EWR-Staaten im Jahres-	-
	steuergesetz (JStG) 2009 durch §32b Abs. 1 Sätze 2 und 3 EStG	. 111
8.6.1	Rechtsentwicklung	
8.6.2	Gesetzliche Regelung	
8.7	Berechnung des Progressionsvorbehalts mittels Hinzurechnungsmethode	
8.7.1	Berechnung	
8.7.2	Ermittlung der ausländischen Einkünfte nach deutschem Steuerrecht	
	Emiliary and administration Emiliarity habit dedictioned to dedelete the minimum.	

XII	Inhaltsverzeichnis	
8.8	Ausschluss des negativen Progressionsvorbehalts nach §2a Abs. 1 EStG	113
8.9	Berücksichtigung der ausländischen Steuern	. 113
8.10	Verlustabzug nach § IOd EStG	113
8.11	Verhältnis des Progressionsvorbehalts zu §3 EStG	. 114
8.12	Anwendung des Progressionsvorbehalts bei unbeschränkt Steuerpflichtigen	
	nach § 1 Abs. 3 und § la EStG	
8.13	Ausländische Einkünfte aus Organschaft (§ 32b Abs. la EStG)	. 115
8.14	Progressionsvorbehalt bei nur zeitweise unbeschränkter Steuerpflicht	
	(§ 32b Abs. 1 Nr. 2 EStG) 116	
8.15	Progressionsvorbehalt und Arbeitnehmer-Pauschbetrag bei zeitweise unbeschränkter Steuerpflicht	
8.16	Einschränkung des Steuergestaltungsmodells »Goldfinger«	
	durch § 32b Abs. 2 Satz 2 Nr. 2 Buchst, c EStG	118
	Teil F Steuerliche Behandlung von negativen Einkünften und Gewinnminderungen mit Auslandsbezug	
1	Beschränkung der Verlustverrechnung gern. § 2a Abs. 1 und 2 EStG	121
1.1	Allgemeines	
1.2	Zeitliche Chronologie der gesetzlichen Änderungen des §2a EStG	. 121
1.2.1	Fassungen bis 2007	
1.2.2	Jahressteuergesetze 2008 und 2009, Amtshilferichtlinie-Umsetzungsgesetz	. 122
1.3	Systematische Einordnung	
1.3.1	Erscheinungsformen der Auslandsverluste und Gewinnminderungen	122
1.3.1.1	Unmittelbare Auslandsverluste	122
1.3.1.2	Mittelbare Auslandsverluste	
1.3.2	Durchbrechung des Welteinkommensprinzips und des Nettoprinzips	
1.4	Sachlicher Anwendungsbereich	
1.4.1	Auslandsverluste aus Nicht-DBA-Drittstaaten	
1.4.2	Auslandsverluste aus DBA-Drittstaaten	
1.5	Bearbeitungsreihenfolge	
2	Einzelheiten zu §2a Abs. 1 und 2 EStG	
2.1	Überblick über den Regelungsgehalt des § 2a Abs. 1 EStG	
2.2	Persönlicher Anwendungsbereich	
2.2.1	Natürliche Personen	
2.2.2	Personenvereinigungen	
2.2.3	Kapitalgesellschaften bzw. Körperschaftsteuersubjekte	
2.3	Negative Einkünfte i.S.d.§2a Abs. 1 EStG	
2.4	Verhältnis von §2a EStG zu § 15a EStG	
2.5	Katalog der negativen ausländischen Dfittstaaten-Einkünfte	
2.5.1	Enumerationsprinzip	128
2.5.2	Negative Einkünfte aus einer in einem ausländischen Drittstaat belegenen land- und forstwirtschaftlichen Betriebsstätte (§2a Abs. 1 Nr. 1 EStG)	
2.5.3	Negative Einkünfte aus einer in einem Drittstaat belegenen gewerblichen Betriebsstätte	
	(§2aAbs.INr.2EStG)	
2.5.4	Teilwertabschreibung bzw. Veräußerungs- oder Auflösungsverluste im Zusammen-	
	hang mit einer zum Betriebsvermögen gehörenden Beteiligung an einer Kapital-	
	gesellschaft aus Drittstaaten (§ 2a Abs. IN r. 3 EStG)	
2.5.5	Negative Einkünfte bei im Privatvermögen gehaltener Beteiligung an einer Kapital-	

	Gesellschafter und aus partiarischen Darlehen, wenn der Schuldner Wohnsitz, Sitz	
	oder Geschäftsleitung in einem Drittstaat hat (§ 2a Abs. 1 Nr. 5 EStG) 130	
2 5.7 Neg	ative EinkünfteausderVermietungoderderVerpachtungunbeweglichen	
	Vermögens oder von Sachinbegriffen, wenn diese in einem Drittstaat belegen sind	
	(§ 2a Abs. 1 Nr. 6 EStG)	13′
2.5.8 Neg	gative Einkünfte bei Beteiligung an einer inländischen Körperschaft, die ihrerseits	
	negative Einkünfte i.S.d. §2a Abs. 1 Nr. 1-6 EStG erzielt (§2a Abs. 1 Nr. 7 EStG)	
2.6	Produktivitätsklausel (§ 2a Abs. 2 EStG)	
2.6.1	Grundsatz	
2.6.2	Produktive Auslandsverluste aus Drittstaaten	
2.6.2.1	Lieferung oder Herstellung von Waren außer Waffen	
2.6.2.2	Gewinnung von Bodenschätzen	
2.6.2.3	Bewirkung gewerblicher Leistungen	
2.6.2.4	Vermietung oder Verpachtung von Wirtschaftsgütern	
2.6.2.5 2.6.2.6	Holdingaktivitäten	
	Aktive mittelbare negative Einkünfte (Beteiligungsverluste) Nicht aufgeführte Auslandsverluste	
2.6.3 2.7	Durchführung des Verlustverrechnungsverbots	
2.7	Gesonderte Feststellung	
2.6	System des § 2a EStG	
2.10	Übertragung von nach §2a EStG gesondert festgestellten Verlusten auf den Gesamt-	13
2.10	rechtsnachfolger	
2.11	Übungsfall zur beschränkten Verlustverrechnung	138
3	Berücksichtigung von ausländischen gewerblichen Verlusten	
	nach § 2a Abs. 3 und 4 EStG (früher § 2 AIG)	14
3.1	Grundsätze	14
3.1.1	Aufhebung des Abzugs ausländischer Betriebsstättenverluste durch das Steuer-	
	entlastungsgesetz 1999/2000/2002 und Steuerbereinigungsgesetz 1999 141	
3.1.2	Bisherige Regelung über den Abzug ausländischer Betriebsstättenverluste	
	gern. §2a Abs. 3 EStG	
3.1.3	Systematik der Regelungen des § 2a Abs. 3 und 4 EStG	14
3.1.4	Rechtslage bis einschließlich Veranlagungszeitraum 1998	
3.1.5	Rechtslage ab Veranlagungszeitraum 1999	143
3.1.6	Nachversteuerung	143
3.1.7	Gesonderte Feststellung des verbleibenden Betrags	
	(§2aAbs. 3 Sätze5,6und8i.V.m.§52Abs. 2 EStG)	14
3.1.8	Gesamtrechtsnachfolge	14
3.2	Neueste Entwicklung beim Abzug von Verlusten aus EU-/EWR-Betriebsstätten	
	durch BFH und die EuGH-Rechtsprechung - sog. finale EU-Auslandsverluste	14
3.2.1	Problem bei ausländischen Betriebsstättenverlusten	
3.2.2	Weitere Entwicklung der Rechtsprechung und Auffassung der Verwaltung	
4	Prüfungsschema: Negative Einkünfte aus einer Drittstaaten-Betriebsstätte	148
5	Übungsfall zur Anrechnungs- bzw. Freistellungsmethode und negativen	
	ausländischen Einkünften	149
	Teil G Grundsätze der beschränkten Steuerpflicht	
1	Systematik	153
2	Persönliche Voraussetzungen der beschränkten Steuernflicht	15

2.1	Beschränkte Einkommensteuerpflicht	153
2.2	Beschränkte Körperschaftsteuerpflicht	154
3	Sachliche Voraussetzungen der beschränkten Steuerpflicht	154
3.1	Systematik	
3.2	Isolierende Betrachtungsweise (§49 Abs. 2 EStG)	154
4	Durchführung der Besteuerung/Sondervorschriften bei beschränkter	
	Steuerpflicht (§50 und § 50a EStG)	155
5	Inländische Einkünfte nach §49 Abs. 1 Nr. 1 bis Nr. 11 EStG	156
5.1	Einkünfte aus Land-und Forstwirtschaft (§49 Abs. 1 Nr. 1 EStG)	157
5.1.1	Behandlung in DBA-Fällen	
5.1.2	Durchführung der Besteuerung	
5.2	Einkünfte aus Gewerbebetrieb (§49 Abs. 1 Nr. 2 Buchst, a bis g EStG)	
5.2.1	Betriebsstätten-und Vertretereinkünfte (§49 Abs. 1 Nr. 2 Buchst, a EStG)	
5.2.1.1	Betriebsstätte	
5.2.1.2	Ständiger Vertreter	
5.2.1.3	Behandiungin DBA-Fällen	
5.2.2	Einkünfte aus dem Beförderungsbetrieb von Seeschiffen und Luftfahrzeugen	100
0.2.2	(§49 Abs. 1 Nr. 2 Buchst, b und c EStG)	
5.2.3	Einkünfte aus der Ausübung oder Verwertung bestimmter gewerblicher Inlands-	
0.2.0	tätigkeiten (§49 Abs. 1 Nr. 2 Buchst, d EStG)	
5.2.3.1	Darbietungiminland	160
S.2.3.2	Verwertung der Darbietung im Inland	
5.2.3.3	Mit Darbietungen oder deren Verwertung zusammenhängende Leistungen	
5.2.3.4	Behandiungin DBA-Fällen	
5.2.3.5	Durchführung der Besteuerung	
5.2.4	Einkünfte aus der Veräußerung von Anteilen an inländischen Kapitalgesellschaften	103
5.2.4	(§49 Abs. 1 Nr. 2 Buchste und f EStG)	
5.2.4.1	,	161
5.2.4.1	§49 Abs. 1 Nr. 2 e. aa EStG -Grundfall der Anteilsveräußerung §49 Abs. 1 Nr. 2 Buchst, e Doppelbuchst, bb EStG - Buchwertverknüpfung	104
5.2.4.2		165
E 2 4 2	in Umwandlungsfällen	100
5.2.4.3		
5044	gesellschaften	400
5.2.4.4	Behandlung in DBA-Fällen	100
5.2.5	Sonstigegewerbliche Veräußerungsgewinnei. S.d. §49Abs. INr. 2Buchst. fEStG 166	160
5.2.6	Berufssportler, Spielertransfer, »Spielerleihe« (§49 Abs. 1 Nr. 2 Buchst, g EStG)	
5.3	Einkünfte aus selbstständiger Arbeit (§49 Abs. INr. 3 EStG)	
5.3.1	Ausübungstatbestand	
5.3.2	Verwertungstatbestand	
5.3.3	Ergänzung durch feste Einrichtung oder Betriebsstätte	
5.3.4	Behandiungin DBA-Fällen	
5.3.5	Durchführung der Besteuerung	
5.4	EinkünfteausnichtselbstständigerArbeit(§49Abs.INr.4Buchst.abisdEStG)	
5.4.1	§49 Abs. 1 Nr. 4 Buchst, a EStG - Ausübungs- und Verwertungstatbestand	
5.4.2	§49 Abs. 1 Nr. 4 Buchst, b EStG - Inländische öffentliche Kassen	174
5.4.3	§49 Abs. INr. 4 Buchst, c EStG -Geschäftsführer, Prokurist oder Vorstandsmitglied 175	
5.4.4	§49 Abs. 1 Nr. 4 Buchst, d EStG - Entschädigungen i.S.d. §24 Nr. 1 EStG	176
5.4.5	§ 49 Abs. 1 Nr. 4 Buchst, e EStG in der Fassung des Jahressteuergesetzes 2007 -	
	Bordpersonal inländischer Fluggesellschaften	
5.4.6	Durchführung der Besteuerung	
5.5	Einkünfte aus Kapitalvermögen (§49 Abs. 1 Nr. 5 Buchst, a bis c EStG)	178

5 51	Dividenden, Wandeianieihen und Gewinnobligationen sowie stille Beteiligungserträge	
	(§49 Abs. 1 Nr. 5 Buchst, a EStG)	178
5.5.2	Kapitalerträge aus Grundpfandrechten und sonstigen Kapitalforderungen	
	(§49 Abs. 1 Nr. 5 Buchst, c Doppelbuchst, aa, bb, cc EStG)	
5.5.2.1	§49 Abs. 1 Nr. 5 Buchst, c Doppelbuchst, aa EStG	180
S.5.2.2	§49 Abs. 1 Nr. 5 Buchst, c Doppelbuchst, bb EStG	181
S.5.2.3	§49 Abs. 1 Nr. 5 Buchst, d EStG	181
5.5.3	Behandiungin DBA-Fällen	181
5,5,4	Durchführung der Besteuerung	181
5,6	EinkünfteausVermietungundVerpachtung(§49Abs.INr.6EStG)	182
5.6.1	Subsidiarität und isolierende Betrachtungsweise	182
5.6.2	Verpachtung eines inländischen Gewerbebetriebs	183
5,6.3	Vermietung und Verpachtung von unbeweglichem Vermögen	
	(§49 Abs. 1 Nr. 6 i.V. m. §21 Abs. 1 Nr. 1 EStG)	
5.6.4	Einkünfte aus der Vermietung und Verpachtung von Sachinbegriffen, insbesondere	
	von beweglichem Betriebsvermögen	
	(§49Abs.INr.6i.V.m.§21Abs.INr.2EStG)	185
5.6.5	Einkünfte aus zeitlich begrenzter Überlassung von Rechten	
	(§49 Abs. INr. 6i.V.m.§21Abs. INr. 3 EStG)	
5.7	Sonstige Einkünfte gern. §49 Abs. INr. 7 EStG	185
5.8	Sonstige Einkünfte gern. §49 Abs. INr. 8 EStG	186
5.8.1	Grundstücksveräußerungen	187
5.8.2	Veräußerung von Beteiligungen	187
5.9	Sonstige Einkünfte gern. §49 Abs. INr. 8 Buchst, a EStG	187
5.10	Sonstige Einkünfte gern. §49 Abs. INr. 9 EStG	188
5.11	Sonstige Einkünfte gern. §49Abs. INr. IOEStG	188
5.12	§49 Abs. 1 Nr. 11 EStG-die Besteuerung von Einkünften sog. »umgekehrt hybrider	
	Rechtsträger«	189
	Teil H Unbeschränkte Steuerpflicht bei Grenzpendlern (§IAbs. 3, §la EStG)	
	,	
1	Steuerproblematik bei Grenzpendlern	
2	Unbeschränkte Steuerpflicht auf Antrag (§1 Abs. 3 EStG)	
2.1	Alternativesteuerbehandlung	
2.2	Jährlicher Belastungsvergleich	
2.3	Praktischer Anwendungsbereich	
3	VoraussetzungenderOption	
3.1	Persönliche Voraussetzungen	
3.2	Sachliche Voraussetzungen	
3.2.1	Inländische Einkünfte i.S.d. §49 EStG	195
3.2.2	Einkünfte, die ganz oder fast ausschließlich der deutschen Einkommensteuer	405
2224	unterliegen	
3.2.2.1	Relative Grenze	
3.2.2.2	Absolute Grenze	
3.2.3	Berücksichtigungvon Doppelbesteuerungsabkommen	
3.2.4	Verfahrensrechtliche Voraussetzungen	
4	Rechtsfolgen der Option	
4.1	Grundsatz der Einzelveranlagung bei unbeschränkter Steuerpflicht	
4-2	Besonderheiten bei den Einkünften aus nichtselbstständiger Arbeit (§ 39c Abs. 4 EStG) . 197

XVI	Inhaltsverzeichnis	
4,3	Steuerabzugseinkünfte nach §50a EStG (§ 1 Abs. 3 Satz 6 EStG)	
4.4	Progressionsvorbehalt (§ 32b Abs. 1 Nr. 5 EStG)	
5	Personen-und familienbezogene Vergünstigungen des § la EStG	
6	Übungsfall zur unbeschränkten Steuerpflicht bei Grenzpendlern	201
	Kapitel II Das Recht der Doppelbesteuerungsabkommen	
	Teil A Aufgabe, Zustandekommen, Auslegung und Missbrauch der Doppelbesteuerungsabkommen	
1	Vermeidung internationaler Besteuerungskonflikte durch innerstaatliches Recht, Doppelbesteuerungsabkommen und multilaterale Regelungen	205
1.1	Vermeidung der Doppelbesteuerung und Steuerverkürzung durch innerstaatliches Recht	200
1.2	Vermeidung der Doppelbesteuerung und Steuerverkürzung durch Doppelbesteuerungsabkommen	
1.3	Vermeidung der Doppelbesteuerung und Steuerverkürzung durch multilaterale	
	Regelungen 208	
1.3.1	EG-Vertrag	. 208
1.3.2	Wiener Übereinkommen über diplomatische und konsularische Beziehungen (WÜDundWÜK)	
1.3.3	Protokoll überVorrechte und Befreiung der Europäischen Gemeinschaften	. 210
1.3.4	NATO-Truppenstatut	
1.3.5	Musterabkommen der OECD (OECD-MA)	
2	Zustandekommen von Doppelbesteuerungsabkommen	
2.1	Stufen der Vertragsverhandlungen	
2.2	Normbestand der Doppelbesteuerungsabkommen	213
2.3	Innerstaatliche Geltung der Doppelbesteuerungsabkommen	. 214
2.4	Treaty Overriding	215
2.4.1	Allgemeines zu Treaty Overrides (Beispiele im EStG/AStG)	
2.4.2	Entwicklung der Rechtsprechung zur Zulässigkeit eines Treaty Override	
3	Auslegung von Doppelbesteuerungsabkommen	
3.1	Vorbemerkung	. 222
3.2	Verhältnis des nationalen Steuerrechts zum Abkommensrecht	222
3.3	Auslegungsgrundsätze für internationale Verträge	223
3.3.1	Allgemeine Auslegungsregeln (Art. 31WÜRV)	
3.3.2	Einzelne Auslegungsprinzipien	
3.3.2.1	Grammatische Interpretation	
3.3.2.2	Systematische Interpretation	
3.3.2.3	Auslegungsregel des Art. 3 Abs. 2 OECD-MA	
3.3.2.4	Teleologische Interpretation	
3.3.3	Bedeutung des OECD-MA-Kommentars	
3.3.4	Zusammenfassung: PrüfungsreihenfolgezurAuslegungvon DBA	
3.3.5	Konkretisierung der DBA-Regelungen	
3.3.6	Verständigungsverfahren	
3.4	Qualifikationskonflikte	
3.4.1	Arbeitsbegriffe	
3.4.1.1	Subsumtionskonflikt	
3.4.1.2	Klassifizierungskonflikt	
3.4.1.3	Subjektive und objektive Zurechnungskonflikte	

3.4.1.4	Positiver und negativer Qualifikationskonflikt	230
3.4.2	Lösung von Qualifikationskonflikten	231
3.4.2	Übungsfälle zu den Qualifikationskonflikten	232
3.5	Besondere Auslegungsfragen	234
3.5.1	IsolierendeBetrachtungsweise-Regelungdes§49Abs.2EStG	234
3.5.2	Umgekehrte isolierende Betrachtungsweise gern. §34d EStG	235
3.5.3	Isolierende Betrachtungsweise bei Doppelbesteuerungsabkommen	236
3.5.4	Grundsatz der Spezialität	236
4	Missbrauch von Doppelbesteuerungsabkommen	. 237
4 .1	Problemstellungen	. 237
4.2	Rechtsmissbräuchliche Inanspruchnahme von Doppelbesteuerungsabkommen	. 238
4.3	Internationalesteuerrechtliche Missbrauchsregeln	239
4.3.1	Völkerrechtliche und europarechtliche Missbrauchsklauseln	240
4.3.2	Missbrauchsregelungen im OECD-Musterabkommen	240
4.3.2.1	Muster der Limitation-on-Benefits-Regel (LOB)	241
4.3.2.2	Muster für Principle-Purpose-Test(PPT)	242
4.3.3	Einzelne Missbrauchsregelungen in den deutschen Doppelbesteuerungsabkommen 2	
4.3.3.1	Regelungen überTreaty Shopping	243
4.3.3.2	Rückfallklauseln und Subject-to-tax-Klauseln	244
4.3.3.3	Sonderregelungen für Qualifikations- oder Zurechnungskonflikte -	
	Switch-over-Klauseln	247
4.3.3.4	Remittance Base Principle	252
4.3.3.5	Aktivitätsklausel	254
4.3.3.6	Definition des Nutzungsberechtigten - Beneficial-ownership-Doktrin	255
4.3.3.7	Öffnungsklauseln	256
4.4	Nationale Missbrauchsregeln	256
4.4.1	Außensteuergesetz	256
4.4.1.1	Regelungsbereiche des Außensteuergesetzes.	257
4.4.1.2	Normen, die durch das AStG abgewandelt werden:	257
4.4.2	Innerstaatliche Spezialnormen	257
4.4.2.1	Vorrang des innerstaatlichen Steuerabzugs vor abkommensrechtlichen Steuer-	
	vergünstigungen (§50d Abs. 1 EStG)	257
4.4.2.2	Die deutsche Anti-Treaty-Shopping-Gesetzgebung	258
4.5	Entwicklungen in der EU	262
4.5.1	Empfehlung der Europäischen Kommission vom 28.01.2016	262
4.5.2	Richtlinie des Rates mit Vorschriften zur Bekämpfung von Steuervermeidungs-	
	praktiken (ATAD)	262
4.5.3	Richtlinienvorschlag zu Briefkastengesellschaften	263
5	Die Anwendung des §42 AO bei Geschäftsbeziehungen zu einem Unternehmen	
	in einem Niedrigsteuerland (Basisgesellschaften/Briefkastengesellschaften) 26	4
5.1	Prüfungsreihenfolge	264
5.2	Definition und Tatbestandsvoraussetzungen	264
5.3	Abgrenzung zu anderen Vorschriften	265
5.3.1	Zum inländischen Ort der Geschäftsleitung	265
5.3.2	Verhältnis zu den Doppelbesteuerungsabkommen	267
5.4	Steuerliche »Anerkennung« ausländischer Gesellschaften	267
5.5	Steuerlich nicht anzuerkennende ausländische Gesellschaften	267
5.6	Beweislast	268
5.7	Rechtsfolgen	268
5.8	Verhältnis zum Außensteuergesetz	268

XVIII Inhaltsverzeichnis

5.9	Praktische Anwendungsfälle	270
5.10	Europatauglichkeit und Entwicklungen im EU-Recht	270
5.10.1	»Europatauglichkeit«	270
5.10.2	Geplante EU-Richtlinie	270
5.11	Gestaltungsmissbrauch bei beschränkter Steuerpflicht	271
	Teil B Aufbau, Begriffe und Wirkungsweise der Doppel-	
	besteuerungsabkommen	
1	Aufbau der Doppelbesteuerungsabkommen	273
2	Geltungsbereiche	273
2.1	Persönlicher Geltungsbereich (Abkommensberechtigung)	274
2.2	Sachlicher Geltungsbereich	276
2.2.1	Steuern in föderal gegliederten Staaten	
2.2.2	Ergänzungsabgaben, Nebenabgaben, Ersatzabgaben, Zuschläge	277
2.3	Räumlicher Geltungsbereich	278
2.4	Zeitlicher Geltungsbereich	278
3	Begriffsbestimmungen	279
3.1	Begriffder »Person« (Art. 3 Abs. 1 Buchst, a OECD-MA)	279
3.2	Begriff der »Gesellschaft« (Art. 3 Abs. 1 Buchst, b OECD-MA)	280
3.3	Begriff des Unternehmens eines Vertragsstaats	
	(Art. 3 Abs. 1 Buchst, c und d OECD-MA)	280
3.4	Begriff des »Internationalen Verkehrs« (Art. 3 Abs. 1 Buchst, e OECD-MA)	281
3.5	Begriff der »zuständigen Behörde« (Art. 3 Abs. 1 Buchst, f OECD-MA)	281
3.6	Begriff des »Staatsangehörigen« (Art. 3 Abs. 1 Buchst, g OECD-MA)	282
4	Wirkungsweise der Doppelbesteuerungsabkommen	282
4.1	Allgemeines	282
4.2	Regelungstechnik der Doppelbesteuerungsabkommen	283
4.3	Begrenzung der Steuerhoheiten der Vertragsstaaten durch Einkünfteartikel	
4.4	Verteilungsnormen	284
4.5	Vermeidungsnormen (Methodenartikel)	287
4.6	Prüffolge	289
4.6.1	Steuerinländer mit Auslandseinkünften in DBA-Fällen	289
4.6.2	Steuerausländer mit Inlandseinkünften in DBA-Fällen	290
	Teil C Begriff und Funktion der Ansässigkeit	
1	Begriff der Ansässigkeit	291
1.1	Abkommensrechtliche Regelungen der Ansässigkeit	291
1.2	Bedeutung und Funktionen der Ansässigkeit	292
1.2.1	Ansässigkeit und Abkommensberechtigung	
	(persönlicher Geltungsbereich eines Doppelbesteuerungsabkommens)	293
1.2.2	Bedeutung des Ansässigkeitsstaats und des Quellenstaats für die internationale	
	Besteuerung	
1.2.2.1	Ansässigkeitsstaat	295
1.2.2.2	Quellenstaat	295
1.2.3	Innerstaatliche Wirkung der DBA	296
2	Art. 4 Abs. 1 OECD-MA: Abkommensrechtliche Ansässigkeit	296
2.1	Art. 4Abs. 1 OECD-MA	297
2.1.1	Kreis der abkommensberechtigten Personen	297

2.1.2	Steuerpflicht in einem Vertragsstaat-Anknüpfungspunkte	298
2.1.2.1	Umfassende Steuerpflicht natürlicher Personen	298
2.1.2.1	Umfassende Steuerpflicht von Gesellschaften i. S. d. Doppelbesteuerungsabkommens	. 301
2.1.2.3	Umfassende Steuerpflicht von Personenvereinigungen	. 301
2.1.2.4	Vertragsstaaten und Gebietskörperschaften und juristische Personen	
	des öffentlichen Rechts	304
2.1.3.	Ausschluss der Abkommensberechtigung bei Quellenbesteuerung	305
2.1.4	Beispiele zu Art. 4 Abs. 1 OECD-MA	306
3	Art. 4 Abs. 2 und 3 OECD-MA: Doppelte unbeschränkte Steuerpflicht und	
•	doppelte Ansässigkeit	308
3.1	Kollisionsregeln bei doppelter Ansässigkeit von natürlichen Personen	308
3.1.1	Allgemeines	308
3.1.2	Einzelfragen des Art. 4 Abs. 2 OECD-MA - Doppelwohnsitz von natürlichen Personen	
	(sog.»Tie-Breaker-Rule«)	309
3.1.2.1	Ständige Wohnstätte in einem Vertragsstaat	
3.1.2.2	Mittelpunkt der Lebensinteressen	311
3.1.2.3	Gewöhnlicher Aufenthalt	316
3.1.2.4	Staatsangehörigkeitsentscheidung	316
3.1.2.5	Dreiecksfälle (Mehrstaatensachverhalte)	316
3.1.3	Übungsfall zur doppelten Ansässigkeit von natürlichen Personen	317
3.2	Kollisionsregeln bei doppelter Ansässigkeit von anderen als natürlichen Personen	
	(insbesondere juristische Personen)	318
3.2.1	Allgemeines	318
3.2.2	Maßgeblichkeit des Ortes der tatsächlichen Geschäftsleitung	318
3.2.3	Übungsfall zur doppelten Ansässigkeit von Kapitalgesellschaften	320
4	Besonderheiten bei der Ansässigkeit	321
4.1	Besondere Berufsgruppen	321
4.1.1	Diplomaten, Konsularbeamte, Haushaltsangehörige	321
4.1.2	NATO-Truppenangehörige und ziviles Gefolge	321
4.1.3	Beamte und Bedienstete der Europäischen Union	321
4.1.4	Steuerliche Vorrechte und Befreiungen aufgrund mehrstaatlicher Vereinbarungen 32	2
4.2	Abkommensrechtliche Sonderfälle bei der Ansässigkeit	
4.2.1	Sonderregelungen zur doppelten Ansässigkeit	322
4.2.1.1	Art. 4 Abs. 3 DBA-Schweiz (sog. überdachende Besteuerung)	322
4.2.1.2	Art. 4 Abs. 9 DBA-Schweiz (sog. überdachende Besteuerung bei doppelter	
	Ansässigkeit von Gesellschaften)	
4.2.2	Sonderregelungen zum Wegzug und zur Schweizer Vorzugsbesteuerung	323
4.2.2.1	Art. 4 Abs. 4 DBA-Schweiz (Wegzugsbesteuerung bei Wohnsitzaufnahme	
	in der Schweiz)	323
4.2.2.2	Art. 4 Abs. 5 DBA-Schweiz (Wohnsitzwechsel und Zeitaufteilung des Besteuerungs-	
	anspruchs)	
4.2.2.3	Einschränkungen des Status der Ansässigkeit	
5	Auswirkungen derAnsässigkeitauf die inländische Besteuerung	325
	TeilD Einkünfteartikel	
1	Art. 5 und 7 OECD-MA - Die Betriebsstättenbesteuerung - Behandlung	
	der unmittelbaren gewerblichen Tätigkeit über die Grenze sowie der grenz-	
	überschreitenden Beteiligung an Personengesellschaften	
1.1	Allgemeines	327

1.2	Prüfschema zur Bestimmung grenzüberschreitender gewerblicher Tätigkeit	328
1.3	Zuweisung des Besteuerungsrechts für gewerbliche Einkünfte	328
1.4	Verhältnis des innerstaatlichen Rechts zum Doppelbesteuerungsabkommen -	
	maßgebender Begriff des Unternehmens und des Unternehmensgewinns 328	
1.5	Betriebsstättenbegriff nach Doppelbesteuerungsabkommen - Verhältnis zu § 12 AO 3	29
1.6	Die Zuweisung des Besteuerungsrechts	329
1.6.1	Gebietsmäßige Abgrenzung	329
1.6.2	Grundsatz der Einzelbetrachtung	329
1.7	Haupttatbestand »feste Geschäftseinrichtung«	329
1.7.1	Grundsätze	329
1.7.1.1	Allgemeines	329
1.7.1.2	Verfügungsgewalt des Steuerinländers	330
1.7.2	Einzelfragen	331
1.7.2.1	Zeitlich begrenzte feste örtliche Anlagen oder Einrichtungen	331
1.7.2.2	Betriebsaufspaltung über die Grenze	333
1.7.2.3	Geschäftsleitungsbetriebsstätte	336
1.7.2.4	Digitale Wirtschaft und Betriebsstättenbesteuerung	336
1.7.2.5	Dienstleistungsbetriebsstätten	339
1.7.2.6	Betriebsstättenbegründung durch Home-Office-Tätigkeiten	340
1.7.2.7	Betriebsstättenbegründung infolge Covid 19-Nichtrückkehrmöglichkeiten	
1.8	Bauausführungen und Montagen	
1.8.1	Allgemeine Grundsätze	
1.8.2	Einzelfragen	
1.8.2.1	Verhältnis des Art. 5 Abs. 3 zu Abs. 10ECD-MA	
1.8.2.2	Fristenberechnung	
1.8.2.3	Zusammenrechnung von mehreren Baustellen	
1.8.2.4	Bau-und Montageüberwachung als Bauausführung	
1.8.2.5	Arbeitsgemeinschaft/Konsortium	
1.8.3	Änderungen durch das BEPS-Projekt der OECD	
1.9	Vertreterbetriebsstätte	
1.9.1	Allgemeine Grundsätze	
1.9.2	Einzelfragen	
1.9.2.1	Verhältnis zu den anderen Regelungen	
1.9.2.2	Geschäftsführer einer Kapitalgesellschaft als Vertreter	
1.9.2.3	Zeitdauer der Vertretertätigkeit	
1.9.3	Änderungen durch das BEPS-Projekt der OECD	
1.9.3.1	Wegfall des Merkmals der Abschlussvollmacht	
1.9.3.2	Kommissionärsmodell	
1.10	Ausnahmekatalog der Betriebsstätten	
1.10.1	Grundsätze	352
1.10.2	Änderungen durch das BEPS-Projekt der OECD	002
1.11	Die steuerliche Behandlung der mitunternehmerischen gewerblichen Betätigung	002
1.11	über die Grenze	
1.12	Aufteilung der Einkünfte (AufwandS'/Ertragszuordnung)	353
1.12.1	Rechtslage bis einschließlich 2012 und für Altabkommen	555
1.14.1	(bei Escape nach §1 Abs. 5 Satz 8 AStG)	
1.12.1.1	· · · · · · · · · · · · · · · · · · ·	25.4
	Grundproblem der zwei konkurrierenden Prinzipien	
1.12.1.2	AllgemeinerAufwand(Tz.3BSVerwGrS)	
1.12.1.3	Dienstleistungen (Tz.3.1 BSVerwGrS)	
1.12.1.4	Dotation-Anteil der Betriebsstätte am Eigenkapital des Gesamtunternehmens	<i>ა</i> ၁/

112 1	5 Nutzungsüberlassungvon immateriellen Wirtschaftsgütern (Know-how, Patente etc.) derTz.2.6.1c BSVerwGrS	
1121 6	Die Überführung von Wirtschaftsgütern zwischen Stammhaus und Betriebsstätte (Tz. 2.6 BSVerwGrS)	
112.1.7	Währungsfragen (Tz.2.8 BSVerwGrS)	364
112.1.8	Umlageverträge des Gesamtunternehmens	
112.1.9	Wirtschaftsgüter und Betriebsstättenvorbehalt	366
112.1.10	Zuordnung von Stoffen und Teilen zur Betriebsstätte (Tz. 4.3.8 BSVerwGrS)	368
112 1.11	Zuordnung von Finanzierungsaufwendungen und -erträgen (Tz. 4.3.9.BSVerwGrS) 369	
112.1.12		
112.1.13		
	bei Explorationen (Tz. 4.7.2 BSVerwGrS)	
1.12.1.1	4 Gewinnermittlungsfragen im Bereich der Bau- und Montageunternehmen	
	(Tz. 4.2.6 und 4.3.7 BSVerwGrS)	
1.12.1.1	5 Gründungskosten (Tz. 2.9 BSVerwGrS)	371
1.12.1.1	6 Betriebsstättenauflösung (Tz. 2.9.2 BSVerwGrS)	. 371
1.12.2	Neue Grundsätze zur Betriebsstättengewinnabgrenzung ab 01.01.2013	
1.12.2.1	Allgemeines	
1.12.2.2	Einzelfragen der neuen Gewinnabgrenzungsgrundsätze	
1.12.3	Der praktische Fall einer Vertriebs-Betriebsstätte unter Gegenüberstellung	
	der Gewinnabgrenzung vor und nach Einführung des AOA (Art. 5 OECD-MA 2010,	
	§1 Abs. 5 AStG)	. 382
2	Art. 6 OECD-MA - Einkünfte aus unbeweglichem Vermögen	
2.1	Die Besteuerung von Einkünften aus Vermietung und Verpachtung	
	(insbesondere Grundbesitz im Ausland)	
2.1.1	Grundsatz - Die Aufgliederung der inländischen Einkünfte i.S.d. Einkommensteuer-	
Z. I. I	Grundsatz - Die Aufgliederung der inlandischen Einkunde 1.3.d. Einkommensteder-	
2.1.1	gesetzes in verschiedene Abkommensregelungen	
2.1.2	· · · · ·	
	gesetzes in verschiedene Abkommensregelungen	
	gesetzes in verschiedene Abkommensregelungen	
2.1.2	gesetzes in verschiedene Abkommensregelungen	
2.1.2	gesetzes in verschiedene Abkommensregelungen	388
2.1.2	gesetzes in verschiedene Abkommensregelungen	
2.1.22.22.3	gesetzes in verschiedene Abkommensregelungen	388
2.1.2 2.2 2.3 3	gesetzes in verschiedene Abkommensregelungen	388 . 388
2.1.2 2.2 2.3 3 3.1	gesetzes in verschiedene Abkommensregelungen	388 . 388 . 388
2.1.2 2.2 2.3 3 3.1 3.2	gesetzes in verschiedene Abkommensregelungen	388 . 388 . 388 . 388
2.1.2 2.2 2.3 3 3.1 3.2 3.3	gesetzes in verschiedene Abkommensregelungen	388 . 388 . 388 . 388 . 388
2.1.2 2.2 2.3 3 3.1 3.2 3.3 3.3.1	gesetzes in verschiedene Abkommensregelungen	388 . 388 . 388 . 388 . 388 . 388
2.1.2 2.2 2.3 3 3.1 3.2 3.3 3.3.1 3.3.2	gesetzes in verschiedene Abkommensregelungen	388 . 388 . 388 . 388 . 388 . 388
2.1.2 2.2 2.3 3 3.1 3.2 3.3 3.3.1 3.3.2 3.3.2.1	gesetzes in verschiedene Abkommensregelungen	388 388 388 388 388 388 388
2.1.2 2.2 2.3 3 3.1 3.2 3.3 3.3.1 3.3.2 3.3.2.1 3.3.2.2	gesetzes in verschiedene Abkommensregelungen	388 388 388 388 388 388 388 390
2.1.2 2.2 2.3 3 3.1 3.2 3.3 3.3.1 3.3.2 3.3.2.1 3.3.2.2 3.3.2.1	gesetzes in verschiedene Abkommensregelungen	388 388 388 388 388 388 390 393
2.1.2 2.2 2.3 3 3.1 3.2 3.3 3.3.1 3.3.2 3.3.2.1 3.3.2.2 3.3.2.3 3.3.3.3	gesetzes in verschiedene Abkommensregelungen	388 388 388 388 388 388 390 393 394 395
2.1.2 2.2 2.3 3 3.1 3.2 3.3 3.3.1 3.3.2 3.3.2.1 3.3.2.2 3.3.2.3 3.3.2.3 3.3.3 3.3.4	gesetzes in verschiedene Abkommensregelungen	388 388 388 388 388 388 390 393 394 395 397
2.1.2 2.2 2.3 3 3.1 3.2 3.3 3.3.1 3.3.2 3.3.2.1 3.3.2.2 3.3.2.3 3.3.2.3 3.3.3 3.3.4 3.3.5	gesetzes in verschiedene Abkommensregelungen	388 388 388 388 388 388 390 393 394 395 397
2.1.2 2.2 2.3 3 3.1 3.2 3.3 3.3.1 3.3.2 3.3.2.1 3.3.2.2 3.3.2.3 3.3.4 3.3.5 3.3.5.1	gesetzes in verschiedene Abkommensregelungen	388 388 388 388 388 388 390 393 394 395 397
2.1.2 2.2 2.3 3 3.1 3.2 3.3 3.3.1 3.3.2 3.3.2.1 3.3.2.2 3.3.2.3 3.3.4 3.3.5 3.3.5.1 3.3.5.2	gesetzes in verschiedene Abkommensregelungen	388 388 388 388 388 388 390 393 394 395 397
2.1.2 2.2 2.3 3 3.1 3.2 3.3 3.3.1 3.3.2 3.3.2.1 3.3.2.2 3.3.2.3 3.3.4 3.3.5 3.3.5.1 3.3.5.2	gesetzes in verschiedene Abkommensregelungen	388 388 388 388 388 388 390 393 394 395 397

XXII Inhaltsverzeichnis

3.3.6.3	Eventuelle Verfassungswidrigkeit	
3.3.7	Pauschalierung	401
3.4	Behandlung von Verlusten - Abzugsbeschränkungen nach Doppelbesteuerungs-	
	abkommen und nationalem Recht	
3.4.1	Abzugsbeschränkung des §2a EStG	402
3.4.2	Auswirkungen der Steuerfreistellung nach dem Methodenartikel der Doppel-	
	besteuerungsabkommen 402	
3.4.2.1	Grundsatz Abzugsverbot- Symmetriethese	
3.4.2.2	Ursprüngliche Ausnahme: Berücksichtigung finaler Verluste	402
4	Besonderheiten bei der grenzüberschreitenden Beteiligung an Personen-	
	gesellschaften	407
4.1	Allgemeines	407
4.2	Belastungsvergleiche (Rahmenbedingungen) - Allgemeine Hinweise bei Personen-	
	unternehmensstrukturen	
4.3	Die Qualifikation von ausländischen Gesellschaften	409
4.3.1	Allgemeines	409
4.3.2	Länderlisten der Finanzverwaltung	409
4.3.3	Prüfungskriterien für »nicht aufgelistete Gesellschaften«	411
4.3.3.1	Allgemeines	411
4.3.3.2	Übernahme der Kriterien und der Prüfungsreihenfolge zur US-LLC	411
4.4	Die Abkommensberechtigung für Zwecke der Abkommensentlastung	412
4.4.1	Transparente Besteuerung im Sitzstaat	412
4.4.2	Intransparente Behandlung im Sitzstaat	413
4.4.3	Nationale Sonderregelung für die Abzugssteuerentlastung	413
4.5	Besteuerung im ausländischen Quellenstaat	413
4.5.1	Transparenzprinzip	413
4.5.2	Besteuerung der Personengesellschaft als Körperschaftsteuersubjekt	413
4.6	Grundsätze der Besteuerung bei Beteiligungen an ausländischen Personen-	
	gesellschaften	
4.7	Qualifikationsprobleme und Gestaltungsmöglichkeiten mit »deutschen «	
	Rechtsformen	
4.7.1	Das Problem	
4.7.2	Bedeutung des Problems	
4.7.3	Ursprüngliche Grundsätze der Finanzverwaltung und Rechtsprechung	
4.7.4	Die Reaktion der Finanzverwaltung	
4.7.5	Die Reaktion des Gesetzgebers für »Altfälle«	
4.7.6	Die ergänzenden Prüfungsschritte -1. Betriebsstätteneigenschaft	
4.7.7	Die ergänzenden Prüfungsschritte-2. funktionale Zuordnung	420
4.8	Gewerbliche Infizierung	
4.9	Innengesellschaften-atypisch stille Beteiligungen	421
4.9.1	Allgemeines	
4.9.2	Auffassung der Finanzverwaltung	422
4.9.2.1	Qualifikation	422
4.9.2.2	Rechtsfolgen beim Steuerinländer mit atypischen stillen Beteiligungen an	
	ausländischen Unternehmen	
4.9.3	Gesetzliche Regelung	423
4.10	Besitzpersonengesellschaften	
4.11	Vermögensverwaltende Personengesellschaften	423
4.12	Personengesellschaften mit einer »gemischten« Tätigkeit	424
4 13	Die Behandlung von Sondervergütungen	425

4 40 4	Abkommensrechtliche Spezialregelungen	. 425
4.13.1	DBA-Qualifikationskonflikt - Besteuerung von Gesellschafterdarlehen und den	
4.13.2	daraus fließenden Zinsen nach den Doppelbesteuerungsabkommen ohne	
	ausdrückliche Regelung - Rechtsprechung im sog. Outbound-Fall	. 427
4.13.3	Die ergänzende Prüfung der »örtlichen « Zuordnung	
4.13.4	Beteiligung eines Steuerausländers an einer inländischen Personengesellschaft	
4.13.4	(Tz. 1.2.3 der BSVerwGrs)	. 430
4.13.4.1	Ursprüngliche Auffassung der Finanzverwaltung	
4.13.4.1	BFH-Rechtsprechung zum Abkommensrecht	
4.13.4.3	Reaktion des Gesetzgebers-Einführung des §50d Abs. 10 EStG	
4.13.4.4	Gesetzliche Nachbesserung in §50d Abs. 10 EStG 2013	
4.13.4.4	Gewinnermittlung und -abgrenzungsfragen bei Personengesellschaften	
4.14	und-Vereinigungen	436
4.14.1	Allgemeines	
4.14.1	Zuordnungvon Sonderbetriebsausgaben zu ausländischen Betriebsstätten	. 100
4.14.2	einer inländischen Personengesellschaft	436
4.14.3	Gestaltungsmöglichkeiten-Double Dips und §41 EStG	
4.14.3	Veräußerung von Anteilen an Personengesellschaften	
	Rechtsfolgen und Besonderheiten der grenzüberschreitenden Verlust-	. ++0
4.15	berücksichtigung	441
4.40	Besonderheiten bei beschränkter Steuerpflicht inNicht-DBA-Fällen	
4.16	Grenzüberschreitende Fragen der Option von Personengesellschaften	. ++1
4.17	zur Körperschaftsteuerbesteuerung ab 2022	112
4 4 7 4	Besteuerungsrecht für Dividenden (zivilrechtlich Gewinnentnahmen)	
4.17.1 4.17.2	·	
	BesteuerungsrechtfürVeräußerungsgewinne	
4.17.3		
4.17.4	Gesellschafterfremdfinanzierungsmöglichkeiten	
4.17.5	Umwandlungssperre Drittstaatengesellschafter	
4.17.6	Zeitliche Anwendung	
4.17.7	Ergänzende Literaturhinweise zum Optionsmodell	444
5	Art. 9 OECD-MA - Einkunftsabgrenzung über die Grenze	445
	(Verrechnungspreiskorrekturen)	
6	Art. 10 OECD-MA - Dividenden	
6.1	Allgemeines	
6.2	Grundsätzliches zur Dividendenbesteuerung bei natürlichen Personen	
6.2.1	Deutschland als Ansässigkeitsstaat	
6.2.2	Deutschland als Quellenstaat	
6.3	Beispiele zur Dividendenbesteuerung bei natürlichen Personen	
6.4	Länderspezifische Besonderheiten - Sonderfall Frankreich	
6.5	Steuervergünstigungen für Schachteldividenden	
6.5.1	Allgemeines	
6.5.2	Tatbestandsvoraussetzungen des DBA-rechtlichen Schachtelprivilegs	
6.5.2.1	Kapitalgesellschaft	
6.5.2.2	Beteiligungshöhe	
6.5.3	Betriebsausgabenabzug in Zusammenhang mit Schachteldividenden	455
6.6	Besonderheiten bei der Besteuerung nach nationalem Recht	
0.04	(nationale Dividendenprivilegien)	
6.6.1	Bedeutung der Mittel-/Finanzierungsherkunft	
6.6.2	Natürliche Personen als Anteilseigner	
6.6.2.1	Einnahmen	456

6.6.2.2	Aufwendungen	457
6.6.2.3	Quellensteueranrechnung	457
6.6.2.4	Beteiligung an passiv tätigen Gesellschaften der Doppelbesteuerungsabkommen -	
	Hinweis auf die Hinzurechnungsbesteuerung nach dem AStG	457
6.6.2.5	Beteiligung an aktiv tätigen Auslandsgesellschaften	458
6.6.2.6	Erträge aus schwarzen und intransparenten Investmentfonds	458
6.6.3	Körperschaften als Anteilseigner von Körperschaften	458
6.6.3.1	Behandlung der Einnahmen	458
6.6.3.2	Aufwendungen und Gewinnminderungen, die mit Auslandsdividenden	
	Zusammenhängen	
6.6.4	Verhältnis von Steuerbefreiung nach § 8b KStG und Kapitalertragsteuerabzug -	
	Europarechtliche Problemeii	
6.7	Die Überlagerung der Doppelbesteuerungsabkommen durch EU-Recht	468
6.8	Quellensteuerentlastung im Herkunftsstaat	469
6.8.1	Entlastung nach Doppelbesteuerungsabkommen	469
6.8.2	Entlastungsverfahren nach nationalem Recht	470
6.8.3	Praktische Umsetzung	471
6.9	Quellensteuerhöchstsätze für Dividenden nach den DBA	
	für Dividenden nach den DBA471	
6.10	Kurzhinweise zur gewerbesteuerlichen Behandlung von Auslandsdividenden	471
6.10.1	Überblick	471
6.10.2	BeteiligungsgrenzenfürStreubesitz	472
6.10.2.1	Kürzung nach §9 Nr. 7 GewStG; Hinweis auf §9 Nr. 2a GewStG	472
6.10.2.2	Kürzung nach §9 Nr. 8 GewStG	474
6.10.2.3	UmfangderKürzung-Auswirkungendes§8bAbs.5KStG	474
6.10.3	Prüfungsreihenfolge für das gewerbesteuerliche Schachtelprivileg	475
7	Art. 110ECD-MA - Zinseinkünfte	476
7.1	Allgemeines	476
7.2	Besteuerung der Zinsen nach den Doppelbesteuerungsabkommen	477
7.2.1	Deutschland als Ansässigkeitsstaat	477
7.2.2	Deutschland ist Quellenstaat	479
7.2.3	Quellensteuerhöchstsätze für Zinsen nach DBA	480
7.3	Überlagerung der Doppelbesteuerungsabkommen durch EU-Recht	481
7.3.1	Die Zinsinformationsverordnung	481
7.3.2	Die Zins-und Lizenzrichtlinie	482
7.3.3	Hinweis zur Gewerbesteuer (§8 Nr. 1 GewStG a.F. bzw. §8 Nr. 1	
	Buchst, a und f GewStG n. F.)	
8	Art. 12 OECD-MA - Lizenzgebühren	483
8.1	Grundsatz	483
8.2	Abgrenzungsprobleme	484
8.2.1	Überlassung von Know-how	484
8.2.2	Abgrenzung zurVermietung von Ausrüstungsgegenständen	484
8.2.3	Abgrenzung bei der Steueranrechnung - Beispiel zum Abzug fiktiver Quellensteuer	
	nach Art. 24 Abs. 2 Buchst, c Doppelbuchst, bb DBA-China für technische Assistenz-	
	leistungen beim Aufbau einer Fertigung	
8.3	Länderspezifische Besonderheiten - Länderliste zu Quellensteuersätzen auf Lizenz-	
	gebühren	
8.4	Zins- und Lizenzrichtlinie	489
8.5	Besonderheiten bei der Steueranrechnung	490
8.5.1	Grundsätze	

8.5.2	Praxis der Finanzverwaltung	490
8.5.3	Rechtsprechung	490
9	Art. 13 OECD-MA- Veräußerungsgewinne	492
9 .1	Gewerbliches Vermögen	492
9.1	Privatvermögen	492
9.3	Gewinne aus der Veräußerung von Beteiligungen und Sonderfälle der wesentlichen	
0.0	Beteiligung und der Grundstücksgesellschaften	493
9.4	Sonderfall Grundvermögen	495
9.5	Sonderfall Wegzugsbesteuerung und erweiterte beschränkte Steuerpflicht	496
9.6	Übersicht: Besteuerungsrecht für Einkünfte aus der Veräußerung von Anteilen	
0.0	an Kapitalgesellschaften	496
9.7	Veräußerung von Anteilen an inländischen Kapitalgesellschaften - keine Betriebs-	
•	ausgabenfiktion nach §8b Abs.3 KStG ohne inländische Betriebsstätte	496
9.7.1	BFH Urteil vom 31.05.2017 -1 R 37/15	496
9.7.2	Übertragung der Entscheidung auf DBA-Fälle	498
10	Art. 14 OECD-MA 1977 - Einkünfte aus selbstständiger Arbeit	499
10.1	Vorbemerkung	499
10.2	Zuweisung des Besteuerungsrechts	499
10.3	Begriff des freien Berufs	500
10.4	Merkmal der festen Einrichtung	500
10.5	Gewinnabgrenzung	501
10.6	Grenzüberschreitende Sozietäten	501
10.7	Anwendungsbeispiele zur grenzüberschreitenden freiberuflichen Tätigkeit	502
11	Art. 15 OECD-MA - Einkünfte aus unselbstständiger Arbeit	503
11.1	Rechtsgrundlagen und allgemeine Hinweise	504
11.2	Grundsatz des Welteinkommensprinzips bei unbeschränkter Steuerpflicht	504
11.3	Beschränkte Steuerpflicht bei Arbeitseinkünften	505
11.3.1	Personenkreis	505
11.3.2	Inländische Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit	505
11.3.2.1	Ausübung und Verwertung im Inland	505
11.3.2.2	Arbeitslohn aus öffentlichen Kassen	506
11.3.2.3	Arbeitslohn von Organen von Gesellschaften	507
11.3.2.4	Entlassungsentschädigungen	508
11.3.2.5	Bordpersonal im internationalen Luftverkehr	509
11.4	Schrankenfunktion der DBA und Einschränkung des deutschen Besteuerungs-	
	rechts durch unilaterale Maßnahmen, zwischenstaatliche oder internationale	
	Vereinbarungen	510
11.5	Vorabprüfung der Ansässigkeit	511
11.6	Systematik der Doppelbesteuerungsabkommen	
	(Grundsatz-Sonderregelungen für spezifische Tätigkeiten)	513
11.7	Prüfungspunkte und Prüfungsreihenfolge bei Arbeitnehmern in DBA-Fällen	515
11.8	Tätigkeitsstaatsprinzip nach Art. 15 Abs. 1 OECD-MA	516
11.8.1	Allgemeine Erläuterungen	516
11.8.2	Überschreibung des Tätigkeitsstaatsprinzips	517
11.9	Verbleib des Besteuerungsrechts beim Ansässigkeitsstaat	
	nach Art. 15 Abs. 2 OECD-MA	518
11.9.1	Allgemeine Ausführungen	518
11.9.2	Die 183-Tage-Regelung des Art 15 Abs. 2 Buchst, a OECD-MA	519
11.9.2.1	Bezugnahme auf den Aufenthalt im Tätigkeitsstaat	520
11922	Rezugnahme auf die Ausühung im Tätigkeitsstaat	522

XXVI Inhaltsverzeichnis

11.9.2.3	Bezugnahme der 183 Tage auf das Kalenderjahr	524
11.9.2.4	Bezugnahme der 183 Tage auf das Steuerjahr	524
11.9.2.5	Bezugnahme der 183 Tage auf einen variablen 12-Monats-Zeitraum	. 525
11.9.2.6	Zählweise der 183-Tage-Frist bei Wechsel der Ansässigkeit	528
11.9.3	Arbeitslohn, der von einem im Tätigkeitsstaat ansässigen Arbeitgeber	
	getragen wurde, Art. 15 Abs. 2 Buchst. b OECD-MA 529	
11.9.3.1	Allgemeines	529
11.9.3.2	Zivilrechtlicher Arbeitgeber und Auslandseinsätze im Zusammenhang mit Werk-	
	leistungen 531	
11.9.3.3	Wirtschaftlicher Arbeitgeber bzw. Arbeitnehmerentsendung/Arbeitnehmer-	
	überlassungzwischen verbundenen Unternehmen	
11.9.3.4	Mehrere Arbeitgeber (Tätigkeit im Interesse des entsendenden und aufnehmenden Unternehmens)	
11.9.3.5	Arbeitgeber im Rahmen einer Poolvereinbarung	E40
11.9.3.6	Gewerbliche Arbeitnehmerüberlassung	
11.9.3.6	Arbeitslohn, der von einer Betriebsstätte des Arbeitgebers im Tätigkeitsstaat	541
11.3.4	getragen wurde, Art. 15 Abs. 2 Buchst, c OECD-MA	
11.9.4.1	Allgemeines und Betriebsstättenbegriff	E 1 E
11.9.4.1	Tragen des Arbeitslohns durch die Betriebsstätte	
11.9.4.2	Tätigkeit eines der ausländischen Betriebsstätte zugeordneten Arbeitnehmers	540
11.3.4.5	beim inländischen übrigen Unternehmen	
11.10	Spezialnormen zur Arbeitnehmerbesteuerung	5/19
11.10.1	Allgemeines	
11.10.1	Vergütungen für Vorstände und Geschäftsführer	
11.10.2.1	Allgemeines	
11.10.2.2	Abgrenzung zur Aufsichtsratstätigkeit	
11.10.2.3	Sonderfälle	
11.10.2.4	Umgehungsmodelle - Besteuerung des Arbeitslohns bei Managementvergütungen 55	
11.10.3	Personal auf Schiffen und Flugzeugen	
11.10.4	Grenzgänger	
11.10 .4.		
11.10 .4.	5 5	
11.10.5	Betriebsrenten und Pensionen	555
11.11	Aufteilung des Arbeitslohns bei Art. 15 Abs. 1 OECD-MA	556
11.11.1	Abgrenzung zur 183-Tage-Klausel	556
11.11.2	Aufteilungsgrundsätze	
11.11.2.1	ErsterSchrittDiedirekteZuordnung	558
11.11.2.2	Zweiter Schritt: Aufteilung des verbleibenden Arbeitslohns	558
11.11.3	Besonderheiten bei der Aufteilung des Arbeitslohns und der Beurteilung	
	von Vergütungsbestandteilen 562	
11.11.3.1	Vom Kalenderjahr abweichende Erdienungszeiträume	562
11.11.3.2	Sich-zur-Verfügung-Halten	563
11.11.3.3	Konkurrenz-oder Wettbewerbsverbot	564
11.11,3.4	Signing-Bonus	564
11.11.3.5	Altersteilzeit nach dem Blockmodell	
11.11.3.6	Erfindervergütungen	567
11.11.3.7	Steuerausgleichsmechanismen im Arbeitsvertrag/Entsendevertrag	
	(hypothetische Steuern)	567
11.11.3.8	Optionsrecht auf den Erwerb von Aktien (Stock Options)	569
11.11.3.9	Besteuerung von Abfindungen	571

11.11.4	Besonderheiten bei Berufskraftfahrern	575
11.11.4.1	Allgemeines	575
11.11.4.2	Länderspezifische Besonderheiten	577
11.11.5	Tätigkeitsfiktion im Zuge der COV1D-19-Pandemie	578
11.12	Rechtsfolgen	579
11.12.1	Vermeidung der Doppelbesteuerung	579
11.12.2	Steuerfreistellung nur mit Progressionsvorbehalt	580
11.12.3	Verbot virtueller Doppelbesteuerung	582
11.13	Abkommensrechtliche Rückfallklauseln	582
11.13.1	Subject-to-tax-Klauseln	583
11.13.2	Remittance-base-Klauseln	583
11.14	Nationale Rückfallklauseln	584
11.14.1	Die Rückfallklausel nach §50d Abs. 8 EStG	584
11.14.1.1	Allgemeines	584
11.14.1.2	Zweifelsfragen	585
11.14.1.3	Verfassungswidrigkeit und weitere Verfahren zu § 50d Abs. 8 EStG?	586
11.14.2	Die Rückfallklausel des §50d Abs. 9 EStG	587
11.14.2.1	§50d Abs. 9 Nr. 1 EStG	587
11.14.2.2	§50dAbs.9Nr.2EStG	588
11.14.2.3	§50dAbs.9EStG-AktuelleVeränderungendurchdieRechtsprechung	588
11.15	Praxisrelevante Unterlagen für Arbeitnehmerentsendungen	590
12	Art. 16 OECD-MA-Aufsichtsratsvergütungen	591
12.1	Allgemeines	591
12.2	Gesellschaft	592
12.3	Betroffene Vergütungen	592
12.4	Höhe der Vergütungen	592
12.5	Tätigkeitsort	592
12.6	Rechtsfolgen	593
12.6.1	Steuerinländer'	593
12.6.2	Steuerausländer	593
13	Art. 17 OECD-MA - Künstler und Sportler	593
13.1	Vorabprüfung der Ansässigkeit bei weltweiter Tätigkeit	594
13.2	Vermeidung der Doppelbesteuerung	595
13.3	Allgemeine Grundsätze der Anwendung des Art. 17 OECD-MA	596
13.3.1	Zuweisung des Besteuerungsrechts	596
13.3.2	Abgrenzung zu anderen Einkünften (insbesondere Werbeeinnahmen)	597
13.3.3	Folgeproblem »Betriebsstättenbegründung«	599
13.4	Fragen der Einkunftsaufteilung	600
13.5	Abzugsbesteuerung und Aufwandszuordnungi	601
13.6	Nationaler Steuerverzicht	602
14	Art. 18 OECD-MA - Ruhegehälter	603
14.1	Prüfreihenfolge	603
14.2	Zuweisung des Besteuerungsrechts	604
14.3	Geltungsbereich;	604
14.4	Begriff des Ruhegehalts	604
14.5	Abgrenzung zu Art. 15 OECD-MA a. F./14 n. F.	
	(Ruhegehalt oder nachträglicher Arbeitslohn)	605
14.6	Abgrenzung zu Versicherungsrenten	607
14.7	Abgrenzung zu Veräußerungsgewinnen (Art. 13 OECD-MA)	608
14.8	Finbeziehung von Unterhaltszahlungen	608

XXVIII Inhaltsverzeichnis

14.9	Zahlungsweise	608
14.10	Auswirkungen des Alterseinkünftegesetzes - die Abkommenspolitik nach	
	der deutschen Verhandlungsgrundlage	
14.11	Folgeproblem der Qualifikation von Renten nach deutschem Steuerrecht	613
15	Art. 19 OECD-MA - Öffentlicher Dienst	
15.1	Allgemeines	616
15.2	Geltungsbereich und Abgrenzung zu anderen Vorschriften	616
15.2.1	Geltungsbereich	
15.2.2	Abgrenzung zum Arbeitslohn (bei laufenden Einkünften)	616
15.2.3	Abgrenzung zu Ruhegehältern	616
15.2.3.1	Allgemeines	616
15.2.3.2	Wichtige Länder-Abweichungen zum OECD-MA	617
15.3	Tatbestandsvoraussetzungen	619
15.3.1	Betroffene Vergütungen	
15.3.2	Arbeitgeberkatalog	619
15.3.3	Öffentliche Kasse ist Vergütungsschuldner oder Dienstherr und nicht nur Zahlstelle	
15.4	Rechtsfolgen	621
15.4.1	Kassenstaatsprinzip im Regelfall	
15.4.2	Ausnahme: BesteuerungsrechtdesWohnsitzstaatsbeiOrtskräften	621
15.5	Kein Kassenstaatsprinzip bei gewerblicher Tätigkeit	621
15.6	Kriegsfolgeentschädigungen	
15.7	Beispiele zum Kassenstaatsprinzip	
16	Art. 20 OECD-MA - Studenten, Lehrlinge, Gastprofessoren	
16.1	Begünstigter Personenkreis	
16.2	Begünstigungszeitraum	
16.3	Begünstigter Arbeitslohn	
17	Gastlehrertätigkeit	625
18	Art. 21 OECD-MA - Sonstige Einkünfte	
19	Übungsfall zur Arbeitnehmerentsendung (mit weiterenprivaten Einkünften) 62	
	Kapitel 111 Die Verlagerung von Einkunftsquellen und Vermögen	
	ins Ausland	
	Teil A Einführung - Anlass, Grundsätze, Ziele des Außensteuer-	
	gesetzes, Verhältnis zu anderen Vorschriften (§ 42 AO)	
1	Anlass	
2	Verhältnis zu anderen Vorschriften	635
2.1	Steuerlich wirksame Wohnsitz-/Sitzverlegungen bei ausländischen Kapital-	
	gesellschaften-Liegt eine inländische Geschäftsleitung vor? 635	
2.1.1	Allgemeines	635
2.1.2	Verhältnis von §10 zu §42 AO bei einer Zwischengesellschaft	636
2.1.3	Beurteilung durch die Finanzverwaltung	637
2.2	Wohnsitzverlegung bzwbegründung bei natürlichen Personen	637
2.3	Betriebsstättenbegründung - Kurzhinweise	
3	Die aktuellen Entwicklungen (BEPS)	638

Teil B Einkunftsabgrenzungen über die Grenze zwischen verbundenen Unternehmen (Verrechnungspreiskorrekturen)

1	Vorbemerkung	639
2	Die Bedeutung der Gewinn- und Einkunftsabgrenzung bei grenzüber-	
	schreitenden Leistungsbeziehungen	
3	Prüfungsreihenfolge und Rechtsgrundlagen für innerstaatliche Gewinn-	
	korrekturen über die Grenze (verdeckte Gewinnausschüttung, verdeckte	
	Einlagen und § 1 AStG)	641
₃ j	Grundsatz	641
32	Verhältnis der nationalen zu den internationalen Abgrenzungsnormen	642
33	überblick über das System innerstaatlicher Verrechnungspreiskorrekturen	644
3 ,4	Belastungsfolgen	645
4	Einzelfragen der nationalen Korrekturen grenzüberschreitender Leistungs-	
	beziehungen 645	
4.1	Grundfälle der verdeckten Gewinnausschüttung über die Grenze	645
4.2	Rechtsfolgen der verdeckten Gewinnausschüttung über die Grenzeins Ausland	
	(Gruppe 1)	
4.2.1	Einkommenserhöhung	646
4.2.2	Steuerpflicht der Kapitalerträge (Quellensteuerabzug)	
4.2.2.1	Prüfungskriterien	647
4.2.2.2	Quellensteuersätze bei verdeckten Gewinnausschüttungen im Streubesitzbereich	. 647
4.2.2.3	Quellensteuersätze bei verdeckter Gewinnausschüttung an ausländische Mutter-	
	kapitatgeseilschaften mit qualifizierter Beteiligung (Schachtelbeteiligungen)	647
4.3	Rechtsfolgen der verdeckten Gewinnausschüttung über die Grenze ins Inland	
	(Gruppe 2) 648	
4.3.1	Prüfungsreihenfolge und Auswirkungen der verdeckten Gewinnausschüttung	648
4.3.2	Besonderheiten bei grenzüberschreitenden verdeckten Gewinnausschüttungen	
	(Anwendung des Nachzahlungsverbots, Klarheitsgebots und Durchführungsgebots)	649
4.4	Besonderheiten bei sogenannten Dreiecksfällen (die steuerfreie verdeckte Gewinn-	
	ausschüttung) 651	
4.5	Abgrenzung bei Personengesellschaften und Einzelunternehmen: Entnahmen,	
	Einlagen und § 12 EStG 654	
4.6	Liefer-und Leistungsverkehr zur ausländischen Beteiligungsgesellschaft -	
	verdeckte Einlage und § 1 AStG	
4.6.1	Grundfälle der verdeckten Einlage über die Grenze	654
4.6.2	Rechtsfolgen der verdeckten Einlage über die Grenze	655
4.6.3	Abgrenzung zu Einkunftskorrekturen nach § 1 AStG - Verhältnis der Normen zueinander	
4.6.3.1	Anwendungsbereich des §1 AStG	658
4.6.3.2	Durchführung der Berichtigung	661
4.6.4	»Europatauglichkeit« von § 1 AStG	662
4.7	Die Prüfung der Berichtigungsnormen des internationalen Rechts - Art. 9 OECD-MA	666
4.8	Die EG-Schiedskonvention	667
4.9	Der EU-Verhaltenskodex zur Schiedskonvention	670
4.10	Streitbeilegungsrichtlinie - EU-DBA-Streitbeilegungsgesetz	671
5	Allgemeine Grundsätze zur Einkunftsabgrenzung	
5 -	Der Fremdvergleich als Maßstab der Einkunftsabgrenzung	673
5-2	Standardmethoden zur Prüfung von Verrechnungspreisen	675
5-2-1	Allgomaines	675

5.2,2	Die deutschen Standardmethoden	676
5.2.2.1	Preisvergleichsmethode (comparable uncontrolled price method)	677
5.2.2.2	Wiederverkaufspreismethode (resale method)	679
5.2.23	Kostenaufschlagsmethode (cost plus method)	680
5.2.2.4	Die sogenannte »vierte Methode« (Rohgewinnvergleich)	681
5.2.3	Die US-Methoden	682
5.2.3.1	Comparable Profits Method (CPM)-Gewinnvergleichsmethode	682
5.23.2	Profit Split Methods - Gewinnaufteilungsmethoden	682
5.2.33	Residual Allocation Method	683
5.23.4	Capital Employed Allocation Method	683
5.23.5	Comparable Profit Split Method	683
5.23.6	Other Profit Split Methods - andere Gewinnverteilungsmethoden	684
5.23.7	Comparable Uncontrolled Transaction Method (CUTM)	684
5.2.4	Weitere Methoden	685
5.2.4.1	Planrechnungen	685
5.2.4.2	Geschäftsvorfallbezogene Nettomargenmethode (TMNN)	685
5.3	Anwendung der Methoden	685
53.1	Die Anwendung der Methoden nach den Verwaltungsgrundsätzen 1983	
	(bis einschließlich 2021)	
53.2	Die »Öffnung« gegenüber neuen Methoden in den Verwaltungsgrundsätze-	
	Verfahren (VGV)	
53.2.1	Klassifizierung von Unternehmen	686
53.2.2	Zulässige Verrechnungspreismethode	687
6	Allgemeine Grundsätze der Verrechnungspreisfestlegung und -priifung	690
6.1	Gegenstand	690
6.2	Vorteilsausgleich	690
63	Rückabwicklung von Verrechnungspreisberichtigungen-Ausgleichszahlungen	693
7	Änderungen ab 2022	693
7.1	Überblick:	694
7.2	Änderung des §1 Abs. 1 AStG	694
73	Nahestehende Personen (§ 1 Abs. 2 AStG)	694
7.4	Der Fremdvergleichsgrundsatz und die Fremdvergleichsanalyse	
	nach §1 Abs. 3 und § 3a AStG	695
7.4.1	Verrechnungspreismethoden	695
7.4.2	Maßgebende Verhältnisse	696
7.4.3	Funktions-, Risiko und Vergleichbarkeitsanalyse	697
7.4.4	Zeitpunkt der Verrechnungspreisbestimmung	697
7.4.5	Anpassungen und hypothetischer Fremdvergleich (§1 Abs. 3 Satz 6 und 7 AStG)	698
7.4.6	Bandbreiten-Einengung	698
7.4.7	Funktionsverlagerung (§1 Abs. 3bAStG)	698
7.4.8	Immaterielle Werte (§1 Abs. 3c AStG)	699
.7.5	Preisanpassungsklausel (§ la AStG)	700
7.6	Finanzierungstransaktionen	701
7.7	Anwendungszeitpunkt	702
8	Dokumentation von Verrechnungspreisen	702
8.1	Überblick	702
8.2	Überlegungen und Zielsetzungen des Gesetzgebers	703
8.3	Inkrafttreten	709
8.4	Betroffene Steuerpflichtige (Dokumentationspflichtige)	709
8.5	Furoparechtswidrigkeit	709

0.6	Ermächtigung zum Erlass einer Rechtsverordnung	710
8.6	Grundsätze der Aufzeichnungspflicht (§ 1 GAufzV)	710
8.7	Anwendungsbereich - Geschäftsbeziehungen (ab 2013: wirtschaftliche Beziehungen) 7	'10
8.8	Unmittelbare Anwendung bei nahestehenden Personen	711
8.9	Entsprechende Anwendung im Verhältnis Betriebsstätte und Stammhaus	712
8.10	Sachverhaltsdokumentation	712
8.11 8.12	Angemessenheitsdokumentation	712
	Beweislast	712
8.13 8.14	Vergleichsdaten (§ 1 Abs. 3 GAufzV)	713
8.14.1	Nutzung von Datenbanken	
8.14.2	Aufzeichnungen ausländischer verbundener Unternehmen	714
8.15	Art, Inhalt und Umfang der Aufzeichnungen (§2 GAufzV)	
8.15.1	Allgemeines	
8.15.2	Grundsätze	
	Arbeitshilfen aus der Literatur	
8.15.3	Transaktionsbezogene Aufzeichnungen	
8.16	Dauersachverhalte	
8.16.1	Verlustsituation	
8.16.2	Sprache (§2 Abs. 5 GAufzV)	
8.16.3	Zeitnahe Erstellung von Aufzeichnungen bei außergewöhnlichen Geschäftsvorfällen	710
8.17	(§3 GAufzV)	716
_	Der Pflichtenkatalog der Gewinnabgrenzungsaufzeichnungsverordnung 717	710
9	Überblick	717
9.1		
9.2	Einzelfragen	
9.2.1	Organisationsdaten	
9.2.2	Geschäftsbeziehungen zu Nahestehenden (§4 Nr. 2 GAufzV)	720
9.2.3	Darstellung der Funktionen, Risiken, Wirtschaftsgüter, Marktverhältnisse	704
	(§4 Nr. 3 Buchst, a GAufzV)	
9.2.4	Angemessenheitsdokumentation	
9.2.4.1	Wertschöpfungskette und -beiträge (§4 Nr. 3b GAufzV)	
9.2.4.2	Verrechnungspreismethode	
9.3	Erforderliche Aufzeichnungen in besonderen Fällen (§5 GAufzV)	
9.4	Stammdokumentation (§5 GAufzV2017)	. 725
9.5	Anwendungsregelungen für kleinere Unternehmen und Steuerpflichtige	
	mit anderen als Gewinneinkünften (§ 6 GAufzV)	726
9.6	Entsprechende Anwendung bei Betriebsstätten und Personengesellschaften	
	(§7 GAufzV)	
10	Die Regelungen des Country-by-Country Report (CbCR)	
11	Änderungen ab 2021/2022	732
12	Sanktionen bei Verstößen gegen Dokumentationsvorschriften	732
12.1	Schätzungsbefugnis nach § 162 Abs. 3 AO bei Verletzung der Mitwirkungs-	
	und Aufzeichnungspflichten	732
12.2	Beweislastverteilung	733
12.3	Schätzungsrahmen	733
12.4	Im Wesentlichen unzureichende Aufzeichnungen	733
12.5	Steuerzuschlag nach §162 Abs. 4 AO bei Verstößen gegen §90 Abs. 3 AO	735
12.5.1	Grundsätze	. 735
12. 5.2	Überblick zum gesetzlichen Sanktionsrahmen	
13	Anwendungsbeispiele	
13.1	Warenlieferungen	

XXXII Inhaltsverzeichnis

13,1.1	Standardmethode: Preisvergleich	737
13.1,2	Funktionsanalyse	737
13.1.3	Einzelfragen	738
13.2	Dienstleistungen im Konzern	746
13.3	Kostenumlagen im Konzern	751
13.4	Lizenzvergabe im Konzern (Überlassung von immateriellen Wirtschaftsgütern)	751
13.4.1	Lizenzproduktion	751
13.4.2	Warenzeichenlizenz	754
13.4.3	Abgrenzung zum Namensrecht im Konzern	757
13.5	Standortvorteile und deren Gewichtung (steuerliche Problemfelder:	
	Funktionsverlagerung und die zutreffende Verrechnungspreismethode) 758	
13.6	Finanzierung verbundener Unternehmen	767
13.7	Arbeitnehmerentsendung im Konzern	776
14 Vorwe	eggenommene Verständigungsverfahren (APA) - für Verrechnungspreis-	
	korrekturen (§ 89a AO) 781	
	Teil C Wohnsitzwechsel in niedrig besteuernde Gebiete	
1	Die erweitert beschränkte Steuerpflicht nach §§2-5 AStG	783
1.1	Allgemeines	783
1.2	§2 AStG-die erweitert beschränkte Einkommensteuerpflicht	783
1.2.1	Sachliche und persönliche Voraussetzungen des §2 AStG	784
1.2.2	Ausnahmen von der erweitert beschränkten Einkommensteuerpfiicht	784
1.2.3	Dauer der erweitert beschränkten Einkommensteuerpflicht	784
1.2.4	Niedrige Besteuerung	785
1.2.4.1	Begriff »fiktive deutsche Einkommensteuer«	786
1.2.4.2	Begriff »fiktive ausländische Einkommensteuer«	786
1.2.5	Wesentliche wirtschaftliche Interessen im Inland	787
1.2.5.1	Erste Alternative (§2 Abs. 3 Nr. 1 AStG)	787
1.2.5.2	Zweite Alternative (§2 Abs. 3 Nr. 2AStG)	787
1.2.5.3	Dritte Alternative (§ 2 Abs. 3 Nr. 3 AStG)	787
1.2.6	Zwischenschaltung einer ausländischen Gesellschaft	
1.2.7	Bagatellgrenze	
1.2.8	Umfang der erweiterten Inlandseinkünfte	788
1.2.9	Ermittlung des zu versteuernden Einkommens und der festzusetzenden Steuer	
1.2.10	Auswirkungen der Doppelbesteuerungsabkommen	791
	Teil D Die Steuerentstrickung	
1	Allgemeines	
2	Begriff »Steuerentstrickung«	
3	Fälle der Steuerentstrickung	
3.1	Überblick über die gesetzlichen Vorschriften	
3.2	Kurzhinweise zu den Einzelfällen	
3.2.1	Wohnsitzwechsel ins Ausland	
3.2.2	Schenkung/Vererbung von Anteilen i.S.d. § 17 EStG ins Ausland	
3.2.3	Verlegung der Geschäftsleitung ins Ausland	
3.2.4	Überführung von Wirtschaftsgütern in eine ausländische Betriebsstätte	794
3.2.5	Verlegung eines Gewerbebetriebs durch den Steuerpflichtigen aus dem Inland in das Ausland	

	Nicht ausdrücklich geregelte Fälle der passiven Entstrickung	795
3.3	Späterer Abschluss eines Doppelbesteuerungsabkommens	
3.3.1	Änderung von Zuordnungen des Besteuerungsrechts bei Revision von Doppel-	
3.3.2	besteuerungsabkommen - das Problem der Immobilienkapitalgesellschaften	796
	Europarechtliche Zulässigkeit und Schranken der Steuerentstrickung	798
4	Reform der Regelungen der Steuerentstrickung und -Verstrickung durch	
5	die Umsetzung der ATAD-Richtlinie	. 798
- 1	Die europarechtlichen Vorgaben	
5.1 5.2	Eckwerte der Reform	799
5.3	Einzelfragen	800
5.3.1	Ausweitung des Anwendungsbereichs	800
5.3.1	Wertansatz in Verstrickungsfällen	
5.3.3	Verstrickung in Fällen von Anrechnungsbetriebsstätten oder Nicht-DBA-Fällen	. 801
5.4	Die gesonderte Reform der passiven Entstrickung	
6	Anwendung des § 6 AStG bei Wegzug, Schenkung, Vererbung oder Einbringung	
•	einer wesentlichen Beteiligung in eine Auslandsgesellschaft	803
6.1	Allgemeines zur Wegzugsbesteuerung nach §6 AStG	
6.2	Besteuerung des Wertzuwachses	
6.2.1	Persönliche Voraussetzungen	
6.2.1	Besteuerung des Vermögenszuwachses	
6.2.3	Veräußerung von Anteilen nach dem Wohnsitzwechsel	
6.2.4	Betroffene Anteile	
6.2.5	Vorübergehende Abwesenheit	
6.2.6	Auswirkung von Doppelbesteuerungsabkommen	
	Anwendung des § 6 AStG im Verhältnis zu Nicht-EU/EWR-Staaten (Drittstaaten)	
6.2.7 6.2.8	Besonderheiten beim Wegzug in EU-/EWR-Staaten	
6.2.8.1	Die »Europatauglichkeit« der Vorschrift - Kurzübersicht über die Rechtsentwicklung	
6.2.8.2	Besonderheiten beim Wegzug oder bei Verlegung des Mittelpunkts der Lebens-	010
0.2.0.2	interessen in einen EU-/EWR-Staat oder Schenkung/Erbanfall an einen dort	
	ansässigen Begünstigten	Q11
6.2.8.3	Anwendung der »EU-Sonderregelung« auch im Verhältnis zur Schweiz und anderen	011
0.2.0.3	Drittstaaten?	01/
0.0.0		
6.2.9	Anhängige Musterverfahren beim BFH zu § 6 AStG	017
6.2.9.1		047
	sog. Immobilienkapitalgesellschaft auf eine in einem DBA-Staat ansässige Person	817
6.2.9.2	Vermeidung der Wegzugsbesteuerung durch vorherige Übertragung im Wege	040
7	eines Wertpapierdarlehens	
7	Die Reform der Wegzugsbesteuerung ab 2022	
7.1	Überblick	
7.2	Detailfragen	
7.2.1	Persönlicher Anwendungsbereich	
7.2.2	Sachlicher Anwendungsbereich	
7.2.3	Realisationstatbestände	
7.2.4	Vorübergehende Abwesenheit	
7.2.5	7-jährige Stundungsregelung	
7.2.6	Sonstige Regelungen	
7.2.7	Zeitliche Anwendung	
7.2.8	Literaturhinweise	
8	Steuerentstrickung bei Kapitalgesellschaften (§ 12 KStG)	
8.1	Allgemeines	821

8.2	Problem der inländischen Betriebsstätte	821
9	Wegzug bei einbringungsgeborenen Anteilen	
9.1	Rechtslage bis 2006	
9.2	EU-Sonderregelung	
9.3	Europarechtliche Überprüfung	
10	Veräußerungsgewinn nach § 17 EStG bei Sitzverlegung	
11	Steuerentstrickung bei Anteilen an einer Europäischen Gesellschaft oder	
	Genossenschaft 823	
12	Verstrickung	824
	TeilE Hinzurechnungsbesteuerung nach dem Außensteuergesetz	
1	Anlass und Grundsystem der Hinzurechnungsbesteuerung sowie Verhältnis	
	zu anderen steuerlichen Vorschriften	
2	Die Entwicklung der Hinzurechnungsbesteuerung	
3	Verhältnis zu anderen Vorschriften	829
3.1	Allgemeines	829
3.2	Schema für die Prüfung	
3.3	Abgrenzung zu Scheingeschäften und Scheinhandlungen (§41 Abs. 2 AO 1977)	831
3.4	Abgrenzung zu Fragen der Steuerpflicht aufgrund einer inländischen Geschäfts- leitung831	
3.4.1	Allgemeines	831
3.4.2	Verhältnis des §10 zu §42 AO bei einer Zwischengesellschaft	832
3.5	Verhältnis der Hinzurechnungsbesteuerung zu §42 AO	
3.5.1	Die ursprüngliche Rechtsprechung des BFH	832
3.5.2	Die geänderte BFH-Rechtsprechung	833
3.6	Verhältnis der Hinzurechnungsbesteuerung zu den Doppelbesteuerungs-	
	abkommen	
3.7	Verhältnis der Hinzurechnungsbesteuerung (§§7 ff. AStG) zur Einkünfteberichtigung	
	(§IAStG)	
3.8	Vorrang des AuslinvestmGbzw. des InvestmStG	
4	Einzelfragen der Hinzurechnungsbesteuerung nach §§ 7 ff. AStG	836
4.1	Übersichten zur Hinzurechnungsbesteuerung	
4.2	Die Voraussetzungen der Hinzurechnungsbesteuerung	
4.2.1	Mehrheitsbeteiligung von Steuerinländern (Tz.7.2 Anwendungsschreiben)	
4.2.1.1	Inländischer Gesellschafter	843
4.2.1.2	Mindestbeteiligung	
4.2.1.3	Weisungsgebundenheit (§7 Abs. 4 AStG)	
4.2.1.4	Beispiele und Grundsätze zur Ermittlung der Beteiligungsquote	
4.2.1.5	Abgrenzung Beteiligungsquote/Hinzurechnungsquote	
4.2.2	Passive Einkünfte der ausländischen Gesellschaft	
4.2.2.1	Übersichten zu den Einkunftskategorien	
4.2.2.2	Allgemeines	
4.2.2.3	Beteiligungen an Personengesellschaften	
4.2.2.4	Landes- und Funktionsholding	
4.2.2.5	Land-und Forstwirtschaft	
4.2.2.6	Industrielle Tätigkeit	
4.2.2.7	Kreditinstitute und Versicherungsunternehmen	
4.2.2.8	Handel	
4229	Dienstleistung •	 855

4.2.2.10	Vermietungund Verpachtung (§8 Abs. 1 Nr. 6 AStG)	856
4 2.2.11	Aufnahme und Ausleihe von Auslandskapital (§8 Abs. INr. 7 AStG)	857
4.2.2.12	Dividendenbezug	860
4.2.2.13	Veräußerungsgewinne	860
4.2.2,14	Umwandlungen	861
4.2.3	Niedrige Besteuerung	862
4.2.3.1	Allgemeines	862
4,2.3.2	Ermittlung der Ertragsteuerbelastung	864
4.2.3.3	Hinweis zu Kapitalanlagegesellschaften in Irland, die in International Financial	
	Services Centern tätig sind	
4.2.3.4	Der Sonderfall Malta und die Reaktion des Gesetzgebers	867
4.2.3.S	Arbeitshilfen/Länderlisten zu »Steueroasen«	868
4.3	Freigrenze bei gemischten Einkünften (§9 AStG)	874
5	Die Ermittlung der Bemessungsgrundlage für die Anwendung der §§7-14 AStG 8	374
5.1	Grundsätze	874
5.1.1	Ermittlung des anzusetzenden Hinzurechnungsbetrags	874
5.1.2	Einkunftsart des Hinzurechnungsbetrags	875
5.1.3	Veranlagungsjahr	875
5.2	Einzelfragen der Ermittlung der Einkünfte aus passivem Erwerb	877
5.2.1	Einkunftsart	877
5.2.2	Ausländische Gesellschaften mit Einkünften aus passivem Erwerbaus mehreren	
	Quellen	
5.2.3	Inländische Gesellschafter mit Beteiligungen an mehreren ausländischen	
	Gesellschaften 878	
5.2.4	Einkunftsermittlung	878
5.2.5	Gewinnermittlung nach § 4 Abs. 1 oder § 5 EStG	879
5.2.6	Ausländische Gesellschaften mit gemischten Einkünften	880
5.2.7	Vereinfachtes Gewinnermittlungsverfahren	880
5.2.8	Überführung von Wirtschaftsgütern aus dem passiven in den aktiven Bereich	
	einer ausländischen Gesellschaft	
5.2.9	Gewinnermittlung nach §4 Abs. 3 EStG	880
5.2.10	Ermittlung der Einkünfte nach §§ 8-9b, 17,23 EStG	881
5.2.11	Steuerliche Vergünstigungen	. 881
5.2.12	Zuordnung von Betriebsausgaben	882
5.2.13	Negative Zwischeneinkünfte	882
5.2.14	Schätzung der Einkünfte aus passivem Erwerb	883
5.3	Einkunftsart und Erfassungszeitraum	. 883
5.4	Abzugsfähige Steuern	883
5.5	Negative Zwischeneinkünfte	885
5.6	Steueranrechnung (§12 AStG)	885
6	Mehrstufiger Beteiligungsaufbau	885
7	Verfahrensrecht	
7 .1	Mitwirkungspflichten (§17 AStG)	887
7 .2	Feststellung der Besteuerungsgrundlagen (§ 18 AStG)	
8	Die Besteuerung von Betriebsstätten	888
9	Die Vermeidung der Doppelbesteuerung	888
9.1	Allgemeines	
9.2	Einzelheiten der Vermeidung der Doppelbelastung	
9.2.1	Das Problem der zeitlichen Zuordnung	
9.2.2	Die Lösung der Finanzverwaltung	

10	Gewerbesteuerpflicht passiver Einkünfte	893
10.1	Die BFH-Rechtsprechung	893
10.2	Der Nichtanwendungserlass	894
10.3	Die gesetzlichen Regelungen	894
10.3.1	Gewerbesteuerpflicht des Hinzurechnungsbetrags	894
10.3.2	Gewerbesteuerpflicht passiver Auslandsbetriebsstättenergebnisse	894
11	Europarechtliche Bedenken gegen die Hinzurechnungsbesteuerung und	
	die Reaktion der Finanzverwaltung und des Gesetzgebers 895	
11.1	Allgemeines	895
11.2	Vorlagefragen an den EuGH	896
11.3	Die Entscheidung des EuGH	896
11.4	Die Missbrauchsprüfung	897
11.5	Auswirkungen auf die Hinzurechnungsbesteuerung	897
11.6	Anwendungsbereich	
11.7	Gesetzliche Klarstellung im Jahressteuergesetz 2008	
11.8	Auslegung des Escape durch die Finanzverwaltung undRechtsprechung	
11.9	Die Frage der Behandlung von Drittstaatengesellschaften	
11.10	Das BMF-Anwendungsschreiben vom 17.03.2021	
11.10.1	Grundsätze des Entlastungsbeweises nach § 8 Abs. 2 AStG	
11.10.2	Anwendung	
12	Die Reform der Hinzurechnungsbesteuerung durch die Umsetzung	00 1
	derATAD-Richtlinie	
12.1	Grundzüge der Reform der Hinzurechnungsbesteuerung	905
12.2	Inländerbeherrschung oder Beteiligungsbeherrschung	
12.2.1	Aktuelles Recht: Grundsatz - Tatbestandsmerkmal der Inländerbeherrschung	
12.2.2	Richtlinie	
12.2.3	Reform - Wechsel zur Beherrschensbetrachtung	
12.2.3.1	Beherrschungskriterien im Detail	
12.2.3.2	Gesellschafterbezogene Betrachtungsweise unter Berücksichtigung nahestehender	000
12.2.0.2	Personen	
12.2.3.3	Mittelbare Beteiligungen	908
12.2.3.4	Beteiligung über Personengesellschaften	
12.2.3.5	Beteiligung über inländische Betriebsstätten	
12.2.3.6	• •	
12.2.3.0	Hinzurechnungsbesteuerung bei gleichgerichtetem Interesse	
12.3	Betroffene passive Einkünfte	
12.4.1	Aktiv-oder Passivkatalog-Aktuelles Recht und Anwendungsprobleme	
	3 1	
12.4.2	Die Richtlinie	
12.4.3	Die Neufassung Fallgruppen ohne Änderungen	••912
12.4.3.1 12.4.3.2	Fallgruppen onne Anderungen Fallgruppen mit kleineren Anpassungen	
12.4.3.2		
	Fallgruppen mit umfassenden Überarbeitungen	
12.4.3.4	Überlagerung durch das StAbwG- die verschärfte Hinzurechnungsbesteuerung	
12.5	Niedrigbesteuerung	
12.6	Substanztest	
12.7	Einkünfte mit Kapitalanlagecharakter und Verhältnis zumInvestmentsteuergesetz 916	
12.7.1	Einkünfte mit Kapitalanlagecharakter	
12.7.2	Verhältnis zum Investmentsteuergesetz	
12.8	Rechtsfolgen	
12.8.1	Freigrenzen	917

12.8.2	Qualifikation des Hinzurechnungsbetrags beim beherrschenden Gesellschafter	917
12.8.3	Zeitpunkt der Erfassung	917
12.8.4	Ermittlung des Hinzurechnungsbetrags	917
12.8.5	Anrechnung der Steuern der ausländischen Gesellschaft (§ 12 AStG n. F.)	918
12.8.6	Neuregelung der Vermeidung der Doppelbesteuerung	919
12.8.7	§ 20 AStG - Bestimmungen über die Anwendung von Doppelbesteuerungsabkommen .	921
12.9	Ergänzende Literaturhinweise	922
	TeilF Familienstiftungen nach § 15 AStG	
j	Anlass	923
2	Verhältnis zu anderen Vorschriften-vorgelagerte Prüfungsschritte	923
2.1	Unmittelbare Zurechnung der Einkünfte bei dem Stifter	923
2.2	Annahme der unbeschränkten Körperschaftsteuerpflicht der ausländischen	
	Stiftung	
3	Überblick über die Anwendung des §15 AStG	924
4	Detailfragen zu Familienstiftungen i. S. d. § 15 AStG	924
4.1	Begriff des Stifters	924
4.2	Begriff der bezugsberechtigten Person	924
4.3	Begriff der anfallsberechtigten Person	924
4.4	Zurechnung von Einkommen (ab 2013 Einkünfte) und Vermögen	924
4.5	Einkommen (Einkünfte) und Vermögen der Familienstiftung	925
4.5.1	Allgemeines	925
4.5.2	Negative Einkünfte	925
4.5.3	Änderungen ab 01.01.2013	926
4.6	Steuerpflicht der Stifter, Bezugsberechtigten und Anfallsberechtigten	
	dem Grunde nach;	926
4.7	Steuerpflicht der Stifter, Bezugsberechtigten und Anfallsberechtigten der Höhe nach	
4.8	Vermeidung der doppelten Besteuerung bei »Ausschüttungen«	927
4.9	Unmittelbare Steueranrechnung	
5	Vereinbarkeit mit EU-Recht-§15 Abs. 6 AStG	
6	Ausblick	
0	AUSDIICK	920
	Kapitel IV Sondervorschriften des nationalen Rechts mit Auslands-	
	bezug und Verfahrensfragen	
	Teil A Abzugsbeschränkungen für Betriebsausgaben	
1	Abzugsbeschränkungen nach § 160 AO/§ 16 AStG - die steuerliche Beurteilung	
	»nützlicher Abgaben« (Provisions- oder Schmiergeldzahlungen)	
	an ausländische Empfänger	
1.1	Wirtschaftlicher Hintergrund.	
1.2	Die steuerliche Prüfungsreihenfolge	
1.3	Der Tatbestand des § 160 AO im Einzelnen	
1.3.1	Betroffene Aufwendungen	
1.3.1.1	Dem Grunde nach betroffene Aufwendungen oder Belastungen	
1.3.1.2	Die Vorprüfung der betrieblichen Veranlassung	
1.3.2	Empfängerbenennung	
1.3.2.1	Allgemeines	936

XXXVIII Inhaltsverzeichnis

1.3.2.2	Sonderproblem: Treuhänder als »Empfänger«	937
1.3.2.3	Umfang der Daten'	938
1.3.2.4	Ermessensausübung	. 938
1.3.2.5	Die Anwendung von §160 AO im Spannungsverhältnis zum Europarecht	. 939
1.4	Beispiele zu §160 AO	939
2	Abzugsbeschränkungen für grenzüberschreitende Lizenzzahlungen -	
	die Lizenzschranke des §4j EStG	. 941
2.1	Überblick und Anlass	941
2.2	Punktuelles Abzugsverbot	. 941
2.3	Anwendungsbereich	942
2.3.1	Betroffene Aufwendungen	. 942
2.3.2	Betroffene Steuerpflichtige-Konzernstrukturen	942
2.3.3	Zeitliche Anwendung	. 943
2.4	Politischer Zweck	. 943
2.5	Escape im Verhältnis zu Staaten, deren Präferenzsystem dem OECD-Nexus-Ansatz	
	entspricht	
2.6	Beweislastfragen	945
2.7	Einzelfragen	. 946
3	Die Anti-Steueroasengesetzgebung	946
3.1	Allgemeines	946
3.2	Persönlicher/sachlicher Anwendungsbereich	946
3.3	Nicht kooperative Steuerhoheitsgebiete	947
3.4	Betroffene Geschäftsvorfälle	
3.5	Abwehrmaßnahmen	947
3.6	Aufhebung/Überführung des Steuerhinterziehungsbekämpfungsgesetzes	948
4	Regelungen gegen hybride Gestaltungen	
4.1	Allgemeines	
4.2	Die Einzelregelungen	
4.2.1	§4k Abs. 1 EStG: Hybride Finanzinstrumente und Übertragungen	
4.2.2	§4k Abs. 2 EStG: Zahlungen eines hybriden Unternehmens oder fiktive	
	Zahlungsvorgänge bei Betriebsstätten	. 950
4.2.3	§4k Abs. 3 EStG: Zahlungen an hybride Unternehmenund unberücksichtigte	
	Betriebsstätten, Zuordnungskonflikte bei Betriebsstätten und umgekehrt hybride	
	Gestaltungen	951
4.2.4	§4k Abs. 4 EStG: Doppelter Betriebsausgabenabzug und Inkongruenzen bei	
	der steuerlichen Ansässigkeit	. 952
4.2.5	§4kAbs. 5 EStG: Importierte Besteuerungsinkongruenzen	
4.2.6	§4k Abs. 6 EStG: Allgemeine Definitionen (nahestehende Personen, Personen, die	
	durch abgestimmtes Verhalten Zusammenwirken und strukturierte Gestaltungen) 952	<u>.</u>
4.2.7	ZeitlicheAnwendung	
4.3	Richtlinienvorschläge bzgl. Briefkastenfirmen in der EU (ATAD 3)	
	Teil B Amtshilfe - Verständigungs-, Schieds- und Streitbeilegungs-	
	verfahren, Informationsaustausch	
1	Verständigungs-, Schieds-und Streitbeilegungsverfahren	. 955
1.1	Allgemeines zum Verständigungs-und Schiedsverfahren	955
1.2	Anwendungsbereich, Antrag, Durchführung	
1.3	Verhältnis DBA-Verständigungsverfahren - Rechtsbehelfsverfahren	
1.4	Rechte der Beteiligten	
1.4	Recrite der beteiligteri	••

j 5	Fristen	. 959
15,1	Innerstaatliche Handhabung	. 959
1.5. 2	DBA-Fristen	. 960
15.3	Innerstaatliche Fristen des anderen Staates	
15	RechtscharaktereinerVerständigungsvereinbarung	960
17	Sonderfall der Schiedskonvention	960
18	Scheitern eines Verständigungsverfahrens	. 961
1,9	Konsultationsvereinbarungen und §2 Abs. 2 AO	962
1,10	Streitbeilegungsverfahren nach der Richtlinie 2017/1852 des Rates vom 10.10.2017	
	über Verfahren zur Beilegung von Doppelbesteuerungsstreitigkeiten in der	
	Europäischen Union - Umsetzung eines Ergebnisses des OECD-BEPS-Projekts	964
1.10.1	Hintergrund	964
1.10.2	Umsetzung in EU-Recht: Richtlinie 2017/1852 über Verfahren zur Beilegung	
	von Doppelbesteuerungsstreitigkeiten in der Europäischen Union vom 10.10.2017	
	(ABI. L 265 vom 14.10.2017,1-14)	965
1.10.3	Umsetzung in nationales Recht: EU-DBA-SBG	
2	Zwischenstaatlicher Auskunftsaustausch	969
2.1	Allgemeines	. 969
2,2	Auskunftsaustausch aufgrund des nationalen Rechts (§117 AO)	971
2.3	Auskunftsaustausch aufgrund der Doppelbesteuerungsabkommen und	
	der Abkommen über den steuerlichen Informationsaustausch	. 972
2.3.1	Kleine und große Auskunftsklausel in den DBA	. 972
2.3.2	Gruppenanfragen	972
2.3.3	Abkommen über den steuerlichen Informationsaustausch	973
2.4	Auskunftsverkehr aufgrund der EU-Amtshilferichtlinie (RL2011/16/EU)	974
2.4.1	Spontanauskünfte	975
2.4.2	Ersuchen	977
2.4.3	Automatischer Informationsaustausch	. 977
2.4.4	Simultanprüfungen und sonstige Formen der Zusammenarbeit	978
2.4.5	Gemeinsame grenzüberschreitende Außenprüfungen: Joint Audits	978
2.4.6	Informationsübermittlung an Drittstaaten	. 979
2.5	Rechte der Betroffenen	. 980
2.5.1	Auskunftserteilungsverbote	980
2.5.2	Anhörungsrecht	. 980
2.5.3	Rechtsbehelfsmöglichkeiten - Klage auf Unterlassung einer Auskunft an	
	eine ausländische Steuerverwaltung	. 981
2.6	Automatische Übermittlung von Informationen über Finanzkonten:	
	FATCA/TRACE/FKAustG/Common Reporting Standard	
2.7	Informationsaustausch über steuerliche Vorbescheide und Vorabzusagen	
	(»Tax Rulings«), §7 Abs. 3 und 4 EUAHiG i.d.F. ÄndEUAmtshilfeRL und BEPS-	
	AktionspunktS	986
2.8	§ 138a AO: Automatischer Austausch von länderbezogenen Berichten multi-	
	nationaler Unternehmensgruppen (Country-by-Country-Reporting) 990	
2.9	Anzeigepflichten für grenzüberschreitende Steuergestaltungen,	
	§§138d-kAO	. 991
3	Zwischenstaatliche Amtshilfe bei der Steuererhebung (Beitreibung)	. 992

Teil C Die Auswirkungen des EU-Gemeinschaftsrechts auf den Bereich der direkten Steuern

1	Das Verhältnis des EU-Rechts zur nationalen Gesetzgebungskompetenz	995
2	Das EU-Primärrecht	995
3	Das Sekundärrecht der EU	996
3.1	Verordnungen	996
3.2	Richtlinien	996
3.3	Empfehlungen	998
3.4	Ausblick	998
4	Der EuGH als »Motor« zur Harmonisierung der direkten Steuern	999
4.1	Allgemeines	999
4.2	Die steuerlich relevanten Grundfreiheiten des EGV	1000
4.2.1	Arbeitnehmerfreizügigkeit	1000
4.2.2	Niederlassungsfreiheit	1000
4.2.3	Kapitalverkehrsfreiheit	1001
4.2.4	Dienstleistungsfreiheit	1001
4.2.5	Aufgriff	1002
4.3	Verhältnis der Vorschriften zueinander	1002
4.4	Sonderregelungen für »Altnormen«	1003
4.5	Das Prüfungsschema des EuGH	1004
4.6	Rechtfertigungsgründe für eine Einschränkung der Grundfreiheiten	1004
4.6.1	Vermeidung von Steuerumgehungen	1005
4.6.2	Steuerhinterziehungsvermeidung	1005
4.6.3	Territorialitätsprinzip	1005
4.6.4	KohärenzdesSteuersystems	1005
4.6.5	Wirksamkeit der Steueraufsicht	1006
4.6.6	Rechtfertigungsgrund: Regelung eines Doppelbesteuerungsabkommens	1006
4.6.7	Keine zwingende Vermeidung einer Doppelbesteuerung-fehlende Harmonisierung.	1007
4.6.8	Verhältnismäßigkeit der Einschränkung der Grundfreiheiten	1008
4.7	EU-Widrigkeit von Regelungen der Doppelbesteuerungsabkommen	1009
4.8	Auswirkungen auf Drittstaaten	1010
4.9	Der Sonderfall Schweiz: die Auswirkung des Freizügigkeitsabkommens EU-Schwe	iz 1011
	Stichwortvorzeichnis	1013